

Infobrief zur geschlechterpolitischen Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung – Nr. 6



FOKUS

GENDER MATTERS! ANTIFEMINISMUS

EDITORIAL

Dass es nicht DEN EINEN Feminismus, sondern vielfältige Feminismen gibt – diese Einsicht ist im gesellschaftlichen Diskurs längst angekommen.

Schauen wir uns beispielweise die Entwicklung von Offline- und Online-Feminismus an, das Zusammenspiel, aber auch die durchaus kritischen Diskussionen zwischen Akteur_innen, wird das offensichtlich. Feminismus ist heute internationaler und intersektionaler als je zuvor. Das haben wir vor allem auch dem Internet zu verdanken, das vielfältige Formen des Austauschs und der Vernetzung bietet. Eine sehr positive Entwicklung, bedenkt man, dass auf diese Weise der Raum für den Kampf um Gleichstellung erweitert wird.

SEITE 7

Genderwahn stoppen. Antifeminismus in Deutschland

„Genderwahn stoppen!“ So lautet der Schlachtruf der Antifeminist_innen in Deutschland. Waren es ursprünglich vor allem frauenfeindliche Männeraktivisten, die sogenannten Maskulisten, die solche Parolen schwangen, ...

SEITE 11

„Die erste Anti-Gender-Partei war die NPD“

Interview mit der Erziehungswissenschaftlerin Dr. Esther Lehnert über aktuelle Entwicklungen im Kontext Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Gender.

SEITE 23

Gegen die „Kultur des Todes“: Antifeminismus in Europa

Bereits 178 Kindergärten in Polen tragen das Anti-Gender-Zertifikat. Dort werden garantiert keine Geschlechternormen infrage gestellt. Slowakische Bischöfe bezeichnen die Gendertheorie als „Kultur des Todes“.

SEITE 31

Anti-Gender-Bewegungen in Europa – was tun?

Andrea Pető, Professorin an der Central European University in Budapest, hat sich im Sammelband „Gender as symbolic glue“ mit der Anti-Gender-Bewegung in Europa auseinandergesetzt.

SEITE 41

RÜCKBLICK

Das weibliche Gesicht der Arbeit

Arbeit war und ist ein zentrales Feld feministischer Kämpfe.

Auf dem Gender-Bötchen

Gemeinsam. Zusammen. Leben. Menschen vernetzen sich beim 6. Barcamp Frauen in Berlin.

Because it's 2015

Oder warum ein Kabinett, das zur Hälfte aus Frauen besteht, nur der Anfang sein kann.

Islamischer Feminismus

Islamische Feminist_innen stoßen oft auf Vorbehalte.

Starke Frauen für eine starke Welt

Im Jahr 1995 tagte zum bisher letzten Mal die UN-Weltfrauenkonferenz in Peking.

Vereinbarkeit zwischen Wunsch und Realität

Wie sehen die Lebensentwürfe von (jungen) Frauen und Männern und von Familien aus?

Homosexualität und Transgender in Argentinien

Interview mit Esteban Paulón, seit 2010 Präsident der FALGBT.

Von Diversität zu Solidarität

Workshop „Politischer Feminismus in Asien“.

Von Liebe, Neoliberalismus und Feminismus

Das regionale Genderprojekt „Gendergerechtigkeit in Ostmitteleuropa“ der Friedrich-Ebert-Stiftung.

SEITE 51

PUBLIKATIONEN

SEITE 101

WIR MACHEN GENDER!

Wir machen Gender! Die Abteilung Studienförderung

Genderbezogene Promotionsprojekte mit Förderung der Friedrich-Ebert-Stiftung

SEITE 113

IMPRESSUM / ANSPRECHPARTNER_INNEN SEITE 132

FOKUS

- 7** Editorial
- 11** Genderwahn stoppen.
Antifeminismus in Deutschland
- 23** „Die erste Anti-Gender-Partei war die NPD“
- 31** Gegen die „Kultur des Todes“:
Antifeminismus in Europa
- 41** Anti-Gender-Bewegungen in Europa –
was tun?

EDITORIAL

Liebe Leser_innen,

dass es nicht DEN EINEN Feminismus, sondern vielfältige Feminismen gibt – diese Einsicht ist im gesellschaftlichen Diskurs längst angekommen.

Schauen wir uns beispielweise die Entwicklung von Offline- und Online-Feminismus an, das Zusammenspiel, aber auch die durchaus kritischen Diskussionen zwischen Akteur_innen, wird das offensichtlich. Feminismus ist heute internationaler und intersektionaler als je zuvor. Das haben wir vor allem auch dem Internet zu verdanken, das vielfältige Formen des Austauschs und der Vernetzung bietet. Eine sehr positive Entwicklung, bedenkt man, dass auf diese Weise der Raum für den Kampf um Gleichstellung erweitert wird. Dennoch hat der Begriff „Feminismus“ seit jeher mit Vorurteilen zu kämpfen und nicht selten wird der Austausch über feministische Themen – vor allem auch im Internet und in den „Sozialen Medien“ – von Beschimpfungen, Anfeindungen und Drohungen begleitet. „Feminismus“ polarisiert stark, Fragen der Gleichstellungspolitik dominieren die öffentliche Debatte. Rechtspopulistische Parteien sind auf dem Vormarsch in Europa und setzen dabei auf eine rückwärtsgewandte Familien- und Geschlechterpolitik. Feminist_innen werden bei ihrem Einsatz für Gleichstellung, für die Selbstbestimmtheit von Frauen und gegen Sexismus gleichermaßen persönlich und in ihren Positionen bekämpft. Diese sechste Ausgabe von „Gender matters!“, dem geschlechterpolitischen Infobrief der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), richtet den FOKUS auf antifeministische Entwicklungen in Deutschland und in Europa.

„Genderwahn stoppen!“, so lautet der Schlachtruf der Antifeminist_innen in Deutschland und der Titel des FOKUS-Artikels, der sich mit Antifeminismus in Deutschland auseinandersetzt. Maskulisten, AfD, Pegida – Akteur_innen, die Ihnen in diesem FOKUS an mehreren Stellen begegnen werden – sie alle eint der gemeinsame Feind „Gender“ und die Ablehnung von Gleichstellungspolitik. Dabei fungiert der Antifeminismus als Scharnier zwischen der Rechten und der „Mitte“. Ein zentraler Akteur ist in diesem Zusammenhang die AfD. Dem schließt sich die Erziehungswissenschaftlerin Dr. Esther Lehnert im Interview mit „Gender matters!“ an. Doch Antifeminismus ist bei weitem kein ausschließlich deutsches Phänomen. In Europa baut sich eine starke Front

gegen Genderpolitik und Gleichstellungsbestrebungen auf. Der Beitrag „Gegen die ‚Kultur des Todes‘: Antifeminismus in Europa“ gibt einen Überblick über die europäischen Entwicklungen in diesem Bereich und deren Akteur_innen. Andrea Pető, Professorin an der Central European University in Budapest, hat sich in ihrem Epilog „„Anti-gender‘ mobilisational discourse of conservative and far right parties as a challenge for progressive politics“ im Sammelband „Gender as symbolic glue“ mit der Anti-Gender-Bewegung in Europa auseinandergesetzt. Wir möchten Ihnen im FOKUS eine erweiterte, übersetzte Fassung dieses Epilogs präsentieren, der sich vorrangig auch mit der Frage beschäftigt, wie Strategien gegen Antifeminismus aussehen können.

Ansätze, gegen Antifeminismus vorzugehen, gibt es. Wie Dr. Esther Lehnert im Interview konstatiert, sehen wir nicht nur den Aufstieg autoritärer Regierungen, sondern auch substantiellen, öffentlichen Protest dagegen. Es bedarf starker demokratischer Kräfte, einer progressiven Politik und der Zusammenarbeit von zentralen Akteur_innen. Unsere Gesellschaft braucht gestern wie heute und auch zukünftig einen starken und inklusiven Feminismus. Jetzt heißt es, keine Zeit verlieren!

Neben dem **FOKUS** finden Sie in unserem „Gender matters!“ auch einen **RÜCKBLICK** zur genderthematischen Arbeit der FES der letzten Monate. In **WIR MACHEN GENDER** wollen wir Ihnen in dieser Ausgabe Kolleg_innen der Abteilung Studienförderung und ihre Arbeit in Berlin und Bonn vorstellen. Wie gewohnt erhalten Sie eine Übersicht zu den aktuellen genderbezogenen Promotionsprojekten der FES und in dieser Ausgabe auch wieder ein Interview mit einer Promotionsstipendiatin. Über die aktuellen **PUBLIKATIONEN** mit Gender-Bezug informieren wir Sie in der gleichnamigen Rubrik.

Und noch ein kurzer Ausblick: Aktuell beschäftigen wir uns mit der Frage, wie sich der „Gender matters!“ zukünftig präsentieren soll. Viele unserer Leser_innen haben im Frühjahr an der Umfrage teilgenommen, in der wir einen Raum für Anregungen und Wünsche eröffnet haben. Vielen Dank! Die nächsten Wochen werden wir intensiv und voller Motivation die Bilanz dieser Umfrage diskutieren – und freuen uns darauf, Ihnen bald das Ergebnis präsentieren zu können!

Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen

Sarah Vespermann

Forum Politik und Gesellschaft der FES



Demonstration „Marsch für das Leben“: Selbsternannte Lebensschützer_innen stellen sich als Abtreibungsgegner_innen gegen das Selbstbestimmungsrecht von Frauen.

Foto: picture-alliance

GENDERWAHN STOPPEN. ANTIFEMINISMUS IN DEUTSCHLAND

„Genderwahn stoppen!“ So lautet der Schlachtruf der Antifeminist_innen in Deutschland.

Waren es ursprünglich vor allem frauenfeindliche Männeraktivisten, die sogenannten Maskulisten, die solche Parolen schwangen, findet sich diese Haltung mittlerweile in verschiedenen Aktivist_innenzirkeln und ist anschlussfähig für die bürgerliche Mitte geworden. Eine selbsternannte „Bewegung“ wie Pegida (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) will den „Genderisten“ Paroli bieten und auch die ursprünglich eurokritische Alternative für Deutschland (AfD) hat das Thema in der erweiterten Wutbürgerpalette längst für sich entdeckt. Unterstützung gibt es von erzkonservativen Publizist_innen, etwa Birgit Kelle, die sich mit ihren Büchern „Dann mach doch die Bluse zu“ und „Gender Gaga“ wortmächtig in die „Bewegung“ einreihet.

Das Feindbild „Gender“ fungiert dabei für ein ganzes Sammelsurium antiemanzipatorischer Forderungen: So agitiert die AfD nicht nur gegen reproduktive Rechte, besonders gegen das Abtreibungsrecht, sondern auch gegen die Genderforschung an Hochschulen, für die klassische Kleinfamilie und gegen die Vielfalt von Lebensentwürfen wie auch gegen die Thematisierung sexueller Vielfalt an Schulen – unter den Stichworten „Frühsexualisierung“ und „Genderwahnsinn“.

Auch die deutschen Leitmedien sind mitunter anfällig für die populistische Zuspitzung, mit der sich einfach polarisieren und Aufmerksamkeit generieren lässt. „Gender Mainstreaming will nicht nur die Lage der Menschen ändern, sondern den Menschen selbst“, schrieb René Pfister bereits 2006 im Spiegel. Das Ziel gendersensibler Pädagogik bei Jungen etwa sei „die Zerstörung der Identität“. Im Gender Mainstreaming nehme der Staat sich heraus, neue Rollenbilder für die Menschen zu entwickeln, sogar schon für unschuldige Jugendliche, suggeriert der Autor. Ein feministisches Umerziehungslager drohe. Von einer „politischen Geschlechtsumwandlung“ sprach auch Volker Zastrow 2006 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Ausgedacht hätten sich diese Umerziehungskur lesbische Europapolitikerinnen, die die Bedürfnisse „anderer Frauen“ nicht verstünden.

Pünktlich zum Internationalen Frauentag am 8. März 2013 erklärte dann der Kolumnist Harald Martenstein im Zeit-Magazin, dass Mädchen und Jungen ja wohl unterschiedliche Interessen und Verhaltensweisen hätten, nach dem Motto: Kleine Jungen lieben Autos, kleine Mädchen lieben Puppen. Die Genderfeministinnen würden die entsprechende Forschung einfach nicht zur Kenntnis nehmen, sondern Gleichmacherei propagieren. Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte die Genderkritik dann 2015 im Ersten

Deutschen Fernsehen. In der Sendung „Hart aber fair“ zum Thema „Nieder mit den Ampelmännchen – Deutschland im Gleichheitswahn“ erklärte Moderator Frank Plasberg die Genderpolitik für „den Alltagswahnsinn, den wir uns hier leisten“. Eingeladen war unter anderem Birgit Kelle. Gegen die Parteilichkeit des Moderators und die Gästerauswahl wurde protestiert und der Westdeutsche Rundfunk (WDR) reagierte, wenn auch widersprüchlich: Die Sendung wurde aus der Mediathek genommen und zugleich wurde eine Wiederholung angesetzt, in der nun auch eine Frauenbeauftragte die Gleichstellungspolitik gegen Kelles Angriffe verteidigen durfte.

Wird eine vor Jahren international und national vertraglich vereinbarte Politik nun in der „Mitte der Gesellschaft“ wieder zur Disposition gestellt? Das Prinzip Gender Mainstreaming, also die Überprüfung aller politischen Maßnahmen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Männer und Frauen, ist in weiten Teilen der Öffentlichkeit desavouiert – ohne dass diese jemals über dieses Prinzip ausführlich informiert worden wäre.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) beobachtet die antifeministische Bewegung kritisch und hat mehrfach Expertisen zur Analyse und zur Debatte des Antifeminismus veröffentlicht. Bereits 2010 analysierte der Soziologe Thomas Gesterkamp für die FES den „Geschlechterkampf von rechts“ (<http://bit.ly/28JcwQc>); 2014 aktualisierte der Ethnologe Robert Claus das Thema mit „Maskulismus: Antifeminismus zwischen vermeintlicher Salonfähigkeit und unverhohlenem Frauenhass“ (<http://bit.ly/1nsOzKU>). Die antifeministischen Positionen in der Politik werden von Andreas Zick und Beate Küpper in dem FES-Band „Wut, Verachtung, Abwertung: Rechtspopulismus in Deutschland“ 2015 untersucht. Den familien- und gleichstellungspolitischen Positionen der AfD widmen sich ausführlich zwei FES-Expertisen von Andreas Kemper: „Keimzelle der Nation?“ (<http://bit.ly/1VA3qrv>) von 2014 sowie „Keimzelle der Nation – Teil 2“ (<http://library.fes.de/pdf-files/dialog/11163.pdf>), die die Verstrickungen der AfD mit anderen erzkonservativen Gruppierungen auf europäischer Ebene nachzeichnet. Den zahlreichen Angriffen auf das Konzept Gender setzte die FES bereits 2011 eine Argumentationshilfe entgegen: „Gleichstellungspolitik kontrovers“ (<http://bit.ly/28InTqc>).



Antifeminist_innen halten sich an ihrem Rettungsanker „Geschlechterrollen“ fest. Die Gender-Ideologie wird verpönt, Gleichstellung bekämpft. Foto: picture-alliance

Antifeminismus I: Die Maskulisten

Der wohl bizarrste Auswuchs des Antifeminismus sind die Maskulisten. Sie haben sich zwar, wie Robert Claus feststellt, in der Öffentlichkeit mit ihren Forderungen nicht durchsetzen können, sind aber im Internet aktiv, belagern die Kommentarfunktionen einschlägiger (feministischer) Texte und können punktuell in geschlechterpolitisch extrem konservativen Medien (Die Welt, Focus) auftreten.

Schon Thomas Gesterkamp arbeitete zentrale Denkfiguren dieser Bewegung heraus: ihren Biologismus, die Opfermythen, den Anti-Etatismus und die inszenierten Tabubrüche. Der Maskulismus, erläutert Claus, „stellt eine sich formierende soziale Bewegung dar“. Da die Maskulisten aber einerseits unter bestimmten patriarchalischen Strukturen leiden (schlechte Jobs, viele Steuern, von denen die Frauen mitfinanziert werden, geringere Lebenserwartung) und diese andererseits bewahren wollen (Frauen wieder in die Schranken weisen), verwickeln sie sich in zahlreiche Widersprüche. Der grundlegendste: Frauen seien faul, weil sie von Männern mitfinanziert würden, sollen zugleich aber keine Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt werden. Mit anderen Worten: Wie die Frauen es auch anstellen, sie machen es falsch. Claus klassifiziert diese Haltung als „frauenfeindlich im allerhöchsten Maße“.

Die Maskulisten kritisieren die patriarchale Arbeitsteilung: Man wöhnt sich in einer Gesellschaft der abwesenden Väter und klagt zugleich die Mütter des „emotionalen Matriarchats“ an. Statt aber positive partnerschaftliche Modelle zu entwickeln, setzen die Väterrechtler sich in Konkurrenz zu den Müttern: Frauen kontrollierten die gesamte gesellschaftliche Reproduktion und müssten daran gehindert werden. Dass die Eliten des Landes weitgehend männlich sind, tun diese Männer als Besonderheit ab: Die meisten Männer gehörten eben dieser Elite nicht an, argumentieren sie. So gerät die Mehrheit der Männer auf einen Schlag in die Opferrolle.

Wie gefährlich ist der Maskulismus? Einerseits hat er sich „bis dato als nicht mobilisierungsfähig außerhalb der digitalen Welt erwiesen“, so Claus. Doch sei er bündnisfähig mit erzkonservativen und christlichen Familienpolitiken, wie die AfD sie entwickelt habe.

Antifeminismus II: Die Alternative für Deutschland

Seit ihrem ersten Auftreten begleitet der Soziologe Andreas Kemper die AfD und analysiert ihre geschlechterpolitischen Positionen. In seiner Expertise „Keimzelle der Nation?“ von 2014 analysiert er Facebook-Einträge, Umfragen und Verlautbarungen der verschiedenen Strömungen dieser Partei. Eine frauenpolitisch fortschrittliche Gruppierung, „Erna“, hat sich mittlerweile mit dem AfD-Gründer Bernd Lucke zusammen abgespalten, die geschlechterkonservativen Positionen blieben zurück.

Generell findet Kemper in der AfD drei Themenblöcke zur Frauen- und Familienpolitik: Erstens die Ablehnung reproduktiver Rechte für Frauen, den sogenannten „Lebensschutz“. Zweitens den „Schutz“ der Familie, die vor allem bedroht werde von der „Homolobby“, die gleiche Rechte möchte, und der „Frühsexualisierung“, also der Sexualkunde im Schulunterricht. Und drittens die strikte Ablehnung von Gleichstellungspolitik, insbesondere des Gender Mainstreaming.

Im ersten Feld gibt es eine starke Verbindung zwischen AfD und (erz-)konservativen Christ_innen. Viele „Lebensschützer_innen“ haben hier ihre politische Heimat gefunden. Die Spitzenkandidatin für das Europaparlament etwa, Beatrix von Storch, lief 2013 beim alljährlichen „Marsch für das Leben“ ganz vorn mit. Frauke Petry, mittlerweile Parteichefin, nennt

es „wünschenswert, dass eine normale deutsche Familie drei Kinder hat“, und sprach sich für ein Volksbegehren aus, das eine Verschärfung des Abtreibungsparagraphen 218 im Strafrecht zum Ziel hat.

Von Storch betreibt zudem die „Zivile Koalition“, die etwa die deutsche Kampagne der Europäischen Bürgerinitiative „One of us“ organisierte. Die Initiative wollte über eine Petition an die Kommission mit knapp zwei Millionen Unterzeichner_innen erreichen, dass die EU keine „verbrauchende“ Embryonenforschung mehr genehmigt. Nebenbei wurde auch noch gefordert, dass Entwicklungshilfeprojekte, die Familienplanung betreiben – also auch Abtreibungen ermöglichen –, nicht mehr unterstützt werden. Die EU-Kommission wies die Petition zurück.

Zugleich lobbyierte das Bündnis gegen den sogenannten „Estrela-Bericht“, benannt nach der Verfasserin, einer sozialdemokratischen Abgeordneten im Europaparlament, der europaweit liberale Standards bei Reproduktionsmedizin, Abtreibung und Sexualerziehung einforderte. Der Frauen- und Gleichstellungsausschuss des Europäischen Parlaments (EP) hatte den Bericht schon verabschiedet, doch das Lobbying trug mit dazu bei, dass das EP ihn letztlich ablehnte. Ähnlich wurde danach das „Lunacek-Papier“ torpediert, das die Einhaltung der Grundrechte für Homo- und Bisexuelle, Trans- und Intersexuelle (LSBTI) forderte. Die Verabschiedung dieses Berichts konnte die Bewegung allerdings nicht verhindern.

Die übliche Argumentationsfigur ist die der „dominanten Minderheit“: Feminist_innen und Homosexuelle haben mit ihrem Zwang zur politischen Korrektheit die herkömmlichen Parteien angeblich derart auf Linie gebracht, dass die nicht mehr wagen, das Empfinden der „schweigenden Mehrheit“ auszudrücken. Letztere will die AfD wieder zur Sprache kommen lassen.

Diese dominante Minderheit sieht die AfD auch beim Angriff auf die traditionelle Familie am Werk. So erklärt Konrad Adam, Mitgründer und Vorstandssprecher der Partei, laut Kemper „Statt dafür zu sorgen, dass die Familie tatsächlich in den Genuss des ihr vom Grundgesetz versprochenen ‚besonderen Schutzes‘ gelangt, wird sie von der Bundesregierung weiterhin unterminiert“. Immer wieder spricht sich die AfD für die „Erziehung als Elternrecht“ aus. Dahinter steht die Ablehnung von Bildungsplänen der Bundesländer, die auf Aufklärung und das Kennenlernen der Diversität von sexuellen Identitäten und Orientierungen setzen. So protestierte die

AfD Baden-Württemberg an der Spitze gegen den dortigen neuen Bildungsplan und die „eklatante Missachtung der Elternrechte bei der Erziehung und die Relativierung und Diskreditierung traditioneller Geschlechterrollen unter der Flagge des Gender Mainstreamings“.

Womit das dritte Themenfeld der AfD angesprochen ist: die Opposition gegen staatliche Gleichstellungspolitik. Protagonist_innen dieser Positionen sitzen etwa in der Jugendorganisation „Junge Alternative“, die auf Facebook zur Europawahl Bilder postete, auf denen junge Menschen Schilder hochhielten: „Ich brauche keinen Feminismus, weil... ich auch mal schwach sein möchte“ oder „...eine Mutter so viel wert ist wie eine Vorstandsvorsitzende“. Der Komplex wird immer wieder unter dem Titel „Genderwahn stoppen“ angesprochen – der Spruch zierte etwa ein Banner der AfD auf Facebook, das Nutzer_innen teilen sollten. Im Einzelnen wird gefordert, der Genderforschung die Gelder zu entziehen, keine geschlechtergerechte Sprache zu verwenden („Wir wollen reden, wie uns der Schnabel gewachsen ist – Genderwahn abschaffen“) und staatliche Quotierungsvorgaben zurückzunehmen.

Insgesamt, so Andreas Kemper, könne die Genderpolitik einen dritten Schwerpunkt der AfD neben Eurokritik und dem Auftreten als Anti-Parteien-Partei bilden (mittlerweile ist ein vierter, xenophobischer, dazugekommen, der zentral für ihre jüngsten Erfolge verantwortlich ist: die Bedienung rassistischer und sozialer Ängste vor dem Hintergrund der vielen nach Deutschland geflüchteten Menschen). Insbesondere die Positionen zu den reproduktiven Rechten sieht Kemper als Gefahr, denn hier kann sich die AfD mit den religiösen Konservativen anderer Länder europaweit verbünden und wirkmächtig werden.

Ende März 2016 wurde der Entwurf eines „Grundsatzprogramms“ veröffentlicht. Darin heißt es: „Gender-Ideologie und die damit verbundene Frühsexualisierung, staatliche Ausgaben für pseudowissenschaftliche ‚Gender Studies‘, Quotenregelungen und die Verunstaltung der deutschen Sprache sind zu stoppen.“ Auch der Begriff „Umerziehungsprogramme“ fehlt natürlich nicht, durch die das klassische Rollenverständnis der Geschlechter korrigiert werden solle und die die AfD selbstverständlich ablehnt.

Die Funktion des Antifeminismus: Scharnier zwischen der Rechten und der Mitte

Die AfD greift auf, was konservative Christ_innen und Maskulisten anmahnten und was in der politischen Rechten ebenfalls zu Hause ist. So hat etwa die rechtslastige Junge Freiheit über „Umerziehung“ und „Genderwahn“ geschrieben und bereits die NPD wollte Gender Mainstreaming abschaffen, denn es bewirke die „Entmannung ganzer Generationen“. In eben diesem Geiste mahnte Björn Höcke, Vorsitzender der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag, angesichts des Zuzugs „fortpflanzungsfreudiger Afrikaner“: „Wir müssen unsere Männlichkeit wieder entdecken. Denn nur wenn wir unsere Männlichkeit wiederentdecken, werden wir mannhaft. Und nur wenn wir mannhaft werden, werden wir wehrhaft, und wir müssen wehrhaft werden, liebe Freunde!“

Das Thema „Genderwahn“ eignet sich ausgezeichnet, um den Diskurs der Rechten mit dem der konservativen Demokraten zu verbinden – als „Scharnier“ sieht Simone Rafael die Thematik in dem Sammelband „Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland“ von Andreas Zick und Beate Küpper, herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung.

In dieser Grauzone bewegt sich auch Pegida. Das Bündnis ist zwar ursprünglich angetreten, um gegen den Islam zu agitieren, aber es ist auch ein Einfallstor rechter Thematiken ins bürgerliche Spektrum. Menschen, die ihr altes, angeblich ethnisch homogenes Abendland herbeiwünschen, wollen meistens auch das alte patriarchale Geschlechterregime zurück. Die heile Familie als die Keimzelle der heilen Nation ist ihnen als (völkische) Vision gemein.

Simone Rafael sieht in der Aufnahme dieser Themensetzung einen Beleg dafür, dass Pegida eben nicht aus spontan besorgten Bürger_innen bestehe. Sie zeige im Gegenteil, „wie sehr die Pegida-Macher_innen in rechtspopulistische Diskurse und Kreise involviert waren“. Warum eignet sich das eher sperrige Genderthema so gut für die Mobilisierung? Rafael sieht vier Faktoren: Erstens sind „unsere Kinder“ in Gefahr – ein emotionsgeladenes Thema. Zweitens fühlen sich manche Männer durch Gleichstellungspolitik in ihrer Vormachtstellung gefährdet – und sowohl Pegida als auch AfD werden, trotz prominenter Frauenpräsenz, vor allem von Männern getragen und gewählt. Drittens ist das Geschlechterthema uni-

versal anschlussfähig – dass Männer und Frauen nicht „gleich“ sind, ist die Alltagserfahrung jedes durchschnittlichen Mario-Barth-Fans. Und viertens verfängt eine Argumentation, die in Hierarchien denkt, besonders leicht. Wer sich gegen Diskriminierungen ausspricht, will angeblich mit neuen Vorschriften dominieren. Wer Frauen fördern will, will Männer diskriminieren. Wer die „Homoehe“ will, will die bürgerliche Ehe zerstören.

Diese Denkfigur, den Abbau von Machtstrukturen als deren Umkehr darzustellen, spricht vor allem Menschen an, die hierarchisch zu denken gewohnt sind. Simone Rafael: „Wer selbst ständig andere mit seiner Haltung dominieren will und offen diskriminiert, kann sich anscheinend nicht vorstellen, dass es auch möglich ist, anderen mehr Freiheiten zu ermöglichen, ohne dass die eigenen Freiheiten davon betroffen sind.“

Argumente des Antifeminismus – und Entgegnungen

Das gesellschaftliche Klima um die Gleichstellungspolitik hat sich stark verändert. Eine wachsende Zahl von Kritiker_innen bringt die unterschiedlichsten Argumente vor, die auf den ersten Blick oft plausibel wirken und deshalb erhebliches populistisches Potenzial bergen. Erst der zweite Blick (oder eine längere Erklärung) stellt sie dann doch massiv infrage. Die häufigsten Argumente und Gegenargumente hat die FES gesammelt und 2011 in einer Argumentationshilfe zusammengefasst. Es geht um grobe Kaliber wie „In Deutschland haben doch heute die Frauen die Macht“ und „Emanzen zerstören die Familie“ über Klassiker des Biologismus („Männer und Frauen sind von Natur aus so“) und der Männerbenachteiligung („Jungs sind die Bildungsverlierer“ oder „Männer sterben früher“) bis hin zu komplexen Fragen wie der nach den Ursachen für die enorme Lücke zwischen Frauen- und Männerlöhnen in Deutschland, nach dem Motto: „Die Frauen sind doch selbst schuld“.

Ein Beispiel: „Die Frauen wollen doch Teilzeit arbeiten, das ist ihre individuelle Entscheidung“ – so lautet ein häufig gehörtes Argument gegen Frauenförderung. Dabei wird vernachlässigt, dass viele Frauen gern länger erwerbstätig sein wollen, es aber nicht sein können. Sie sind daran gehindert, weil sie sich um Haushalt, Kinder und/oder andere Familienangehörige kümmern und die Arbeitswelt immer noch durch die männliche „Vollzeitarbeitsnorm“ geprägt ist, was auch Männern oft eine stärkere

Einbindung in die Familienarbeit erschwert. Dieser Strukturunterschied zwischen Frauen und Männern wird „privatisiert“ und als alleinige Entscheidung der Frau präsentiert, die damit vermeintlich „selbst schuld“ an ihrer Benachteiligung ist.

Ein anderes Beispiel: Frauen und Männer sind von Natur aus verschieden – ein immer wieder angewandtes Argument. Die Autor_innen der Argumentationshilfe fragen, warum die Biologie immer gerade die herrschende Gesellschaftsform legitimiert, und erinnern an den ebenfalls biologisch begründeten historischen (und aktuellen) Rassismus. Politik werde biologisiert (scheinbar faktenbasiert naturwissenschaftlich-rationalisiert) und damit der Zugänglichkeit für Argumente entzogen. „Die Grundrechte wurden gerade gegen biologistische Ideologien formuliert, sei es in Bezug auf Rassismus, sei es in Bezug auf Befähigung/Behinderung, sei es in Bezug auf Geschlecht“, schreibt Sebastian Scheele in seinem Beitrag zu dem Band. Biologie tauge aber nicht als Richtschnur für politische Fragen: „Niemand muss über die ‚natürlichen Bedürfnisse‘ von Frauen und Männern spekulieren“. Stattdessen „können wir die Menschen, die hier und jetzt die Erde bevölkern, nach ihren Wünschen und Einstellungen fragen“.

Zwei Ausgangspunkte liegen vielen antifeministischen Argumenten zugrunde. Zum einen werden strukturelle Probleme immer wieder ins Privatleben verwiesen – Privatismus nennt Sebastian Scheele das. Daraus folgt zum anderen, dass die Diskussion über strukturelle Barrieren oft in einen Schuldiskurs mündet: Diskriminierung wird dann persönlicher Böswilligkeit zugeschrieben – und wenn man sich persönlich von dieser Böswilligkeit freispricht, kann man nach dieser Lesart gar nicht mehr diskriminieren. Auch das Thema „Frauen sind selbst schuld an ihrer Position in der Gesellschaft“ gehört zu diesen Schuldzuschreibungen.

Ein weiteres Charakteristikum maskulistischer Interventionen ist der Gestus des Tabubruchs. Es wird imaginiert, dass der Feminismus die Politik dominiere (insbesondere mit Gender Mainstreaming) und – aus politischer Korrektheit – niemand sich traue, dagegen etwas zu sagen. Dann kann man sich selbst zum heroischen Streiter für die unterdrückte Wahrheit stilisieren und gleichzeitig im Stile der Verschwörungstheorie die „Lügenpresse“ an den Pranger stellen und sich selbst als unterdrückte schweigende Mehrheit in der Opferrolle einrichten.

Fazit von Sebastian Scheele, der am Schluss der Argumentationshilfe die häufigsten Denkfiguren zusammenfasst: „Die antifeministischen Argumente sind eine Reaktion auf gesellschaftliche Transformationen (...) und die Notwendigkeit, überlieferte Regelungen erneut auszuhandeln, kurz: auf offene politische Fragen der Gegenwart. Das Zurück zu ungerechten überkommenen Ordnungen liefert darauf keine angemessenen Antworten.“

Autorin: HEIDE OESTREICH



Dr. Esther Lehnert ist sich sicher, dass die Themen der AfD nicht so schnell verschwinden werden. Foto: privat

„DIE ERSTE ANTI-GENDER-PARTEI WAR DIE NPD“

Die Erziehungswissenschaftlerin Dr. Esther Lehnert setzt sich seit Langem mit dem Thema „Frauen im Rechtsextremismus“ auseinander. Als freie Mitarbeiterin ist sie in der Fachstelle „Gender und Rechtsextremismus“ der Amadeu Antonio Stiftung tätig; seit 2014 vermittelt sie ihr Wissen als Professorin an der Alice Salomon Hochschule in Berlin. Für Gender matters! gab sie uns ein Interview über aktuelle Entwicklungen im Kontext Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Gender.

FES: Die AfD ist im März in drei weitere Landtage eingezogen. Wie lange wird sie bleiben?

Dr. Esther Lehnert: Die AfD wird uns noch eine geraume Weile beschäftigen. Ihre Themen, etwa die Frage, wie mit Geflüchteten umgegangen wird, werden nicht so schnell verschwinden. Es kommt einerseits darauf an, wie geschickt oder ungeschickt die Partei im Praxistest agieren wird. Andererseits bedient sie dumpfe Gefühlslagen, etwa einen dumpfen Rassismus. Dabei ist es fast egal, wie die einzelnen Politiker_innen sich im Landtag verhalten. Die Gesellschaft hat sich gespalten und es äußern heute Menschen auf eine Art ihren Hass, wie ich es mir vor ein paar Jahren noch nicht hätte vorstellen können. Man sieht das auch daran, was für ein Feindbild Angela Merkel geworden ist, mit übelsten Beschimpfungen und Bedrohungen. Es gibt sehr viel mehr sexualisierten Hass, der mancherorts aufbricht, oder Hass gegenüber gleichgeschlechtlichen Lebensweisen. Das alles hat eine derartige Wucht, das geht nicht mal eben wieder weg. Zudem ist der Rechtspopulismus ja ein europaweites Phänomen – warum sollte Deutschland da eine Insel der Glückseligen bleiben?

FES: Ist den Menschen, die die AfD wählen, klar, was die Partei will?

Lehnert: Das ist ihnen zum Teil nicht klar, sonst hätten nicht so viele Arbeitslose die AfD gewählt, die zumindest in ihren Programmentwürfen neoliberal daherkommt. Im ersten Entwurf für das Grundsatzprogramm wollte die AfD die Arbeitslosenversicherung abschaffen. Aber Rassismus und Sexismus überstrahlen eben alles.

FES: Sind die AfDler_innen Antidemokrat_innen?

Lehnert: Ja. Viele Menschen, die die AfD wählen, würde man mit Adorno als „autoritären Charakter“ bezeichnen: Sie wollen jemanden, der sagt, wo es langgeht. Und von Minderheitenschutz halten sie offenkundig nichts. Das ist aber eine demokratische Grundregel.

FES: Gibt es zwei AfD's? Eine im Osten und eine im Westen?

Lehnert: Rassismus ist ein bundesweites Problem. Aber die Art, wie er ausgelebt wird, ist unterschiedlich. In Regionen, in denen es eine antirasstisch verfasste Zivilgesellschaft gibt, ist er anders als dort, wo es diese

kaum gibt. Deshalb ist das Auftreten der AfD in den ostdeutschen Bundesländern etwa viel völkischer. Mir fällt es schwer, die AfD in Sachsen oder Sachsen-Anhalt noch als rechtspopulistische Partei zu bezeichnen. Dort ist sie ganz klar rechtsextrem. Dagegen tritt die Baden-Württemberger AfD viel neoliberaler auf und bemüht sich sehr um ein bürgerliches Mäntelchen.

FES: Was bedeutet „völkisch“ in diesem Zusammenhang?

Lehnert: Völkisch bedeutet: Es wird ein ethnisch homogenes Volk konstruiert, das es in der Realität natürlich niemals gegeben hat. Der Begriff orientiert sich an der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“. Das heißt, dass der „Wert“ von Menschen und die Rechte, die sich daraus ableiten, danach beurteilt werden, ob sie zu dieser imaginären Gemeinschaft gehören. Wenn Menschen unterschiedliche Rechte durch ihr „Deutschsein“, durch ihr Blut haben, dann widerspricht das jedem demokratischen Gleichheitsgrundsatz.

FES: Aber wenn Björn Höcke von der AfD Sachsen von unterschiedlichen Reproduktionsweisen der Afrikaner und Europäer spricht, misst er ihnen damit ja noch keinen unterschiedlichen Wert bei. Was lässt Sie denken, dass dahinter eine Ablehnung der Menschenrechte steht?

Lehnert: Das ist nicht ganz einfach. Ein Beispiel: In Thüringen kenne ich eine engagierte Aktivistin für die Demokratie, die für die Grünen im Gesundheitsausschuss des Landtags sitzt. Dort stellte eine AfD-Politikerin die Frage, wie man mit den vielen Krankheiten umzugehen gedenke, die von den „Ausländern“ eingeschleppt werden. Der Schritt dahin zu sagen, wir müssen „Ausländer“ anders behandeln – da sie ja Krankheiten einschleppen – als Deutsche, ist nicht mehr weit. Das heißt, die AfD agiert hier geschickt an der Grenze zum offenen Rassismus. Das Parlament hat sich gerade darauf geeinigt, die AfD-Abgeordneten erst so zu schneiden wie etwa die NPD, wenn sie offen rassistisch agieren. Im Moment achtet die Partei aber darauf, immer im Graubereich zu bleiben. Ein anderes Beispiel: Den Satz „kriminelle Ausländer abschieben“ hat nicht die AfD geprägt, sondern die NPD. Kriminelle Ausländer sollen anders behandelt werden als Inländer. Das ist Rassismus, der über das Strafrecht quasi legalisiert werden soll, denn Kriminelle wollen wir ja alle nicht haben. Es wird also sehr geschickt eine Aufweichung vorbereitet: „Wir“ werden anders behandelt als „die anderen“. Es ist sozusagen die Vorbereitung der Abschaffung fundamentaler

Menschenrechte. Ähnlich hat es Beatrix von Storch mit dem Schießbefehl an der Grenze gemacht. Dass Grenzer für Notfälle auch Waffen haben, hat sie verwandelt in die Fantasie von anstürmenden Invasoren, gegen die „wir“ uns wehren müssen. Das ist auch wieder konstitutiv für die Imagination der „Volksgemeinschaft“: Sie wird zusammengehalten durch Feinde, die von außen kommen.

FES: Könnte man sagen, dass die AfD an den Rändern des Rechtsstaats einen Diskurs vorbereitet, der diese Ränder dann nach rechts verschiebt?

Lehnert: Auf alle Fälle. Herr Höcke hat ja auch gefordert, dass der weiße heterosexuelle Mann sich wieder seiner Mannhaftigkeit versichern müsse, indem er wieder angriffsbereit sein muss. Das ist kein direkter Aufruf, aber indem der Angriff als Verteidigungsstrategie dargestellt wird, ergibt sich genau diese Verschiebung, die wir gerade beobachten können.

FES: Wie sollen Parteien in den Parlamenten mit der AfD umgehen?

Lehnert: Es ist wichtig, dass es klare Verfahren gibt, vergleichbar mit denen, die man in Bezug auf die NPD gefunden hat: Es wird nicht mit der NPD gestimmt. Auf ihre Beiträge antwortet nur eine einzige Person, danach ist die Debatte beendet. Meine Begründung dafür wäre: Die AfD ist eine eindeutig rassistische und sexistische Partei.

FES: Wie würden Sie der AfD gegenüber argumentieren?

Lehnert: Ich hätte kein Interesse daran, mit Frauke Petry oder von Storch zu diskutieren. Ich möchte diesen Politiker_innen keine Bühne für Rassismus und Menschverachtung geben. Aber ansonsten befürworte ich eine Doppelstrategie. Die eine Seite ist die Aufklärung: Wer profitiert von der Einführung von Mindestlöhnen und wer nicht? Wie können Empfänger_innen von Transferleistungen besser beteiligt werden? Oder was genau ist eigentlich Pressefreiheit, wenn die AfD alle Medien in der Nachfolge von Josef Goebbels als „Lügenpresse“ bezeichnet? Aufklärung funktioniert dann aber nicht mehr, wenn jemand all seinen Frust auf „die da oben“, also Politiker_innen und Medien, oder „die da unten“ – das sind dann häufig Geflüchtete – projiziert und diesen Frust nun endlich mal auskubeln möchte. Dann hat Argumentieren überhaupt keinen Sinn, weil es gar nicht um Argumente geht. Die zweite Seite ist das Engagement für eine demokratische,

weltoffene Gesellschaft. Wenn das nicht schon in der Familie anfängt, dann sollte es spätestens in der Kita so weit sein. Was sind Menschenrechte, was ist Vielfalt, was ist Demokratie? So haben unsere Schulen nach wie vor Defizite auf der Ebene von Partizipation und Engagement gegen soziale Ungleichheit. Die Menschen müssen Demokratie leben können, erfahren, dass sie selbst etwas bewirken können: Was ändert es eigentlich, wenn ich mich beteilige? Das sind die Basics.

FES: Die AfD ist ja die erste Partei, die mit einem Anti-Gender-Schwerpunkt bei Wahlen Punkte machen kann...

Lehnert: Die erste Anti-Gender-Partei war die NPD. Sie nannte es G-ender, mit deutschem G. Das hat die AfD in den ostdeutschen Bundesländern übrigens übernommen. Ich habe die Anti-Gender-Aktivitäten von den „Besorgten Eltern“ bis zu den Kritiker_innen des Gender Mainstreamings gesammelt. In der Regel war die NPD Stichwortgeberin. Gender Mainstreaming abschaffen, angebliche „Frühsexualisierung“ von Kindern, keine „Homoehe“ – all das hat die NPD zuerst gefordert, die AfD hat es aufgegriffen und in den Mainstream getragen.

FES: Und wie gefährlich ist das nun?

Lehnert: Antifeminismus ist nichts Neues, er kommt in Wellen. Man kann beobachten, wie auf einen Fortschritt in der Geschlechterpolitik eine Abwehrwelle folgt. Seit Anfang des Jahrtausends haben wir eine Bewegung von Maskulisten: Sie fühlen sich von Frauen übervorteilt, wollen Frauenbeauftragte und Frauenhäuser abschaffen. Das findet sich nun erstmals in der AfD wie unter einem Brennglas wieder. Neu ist, dass es gesellschaftsfähiger geworden ist, offen antifeministisch zu argumentieren.

FES: Warum haben diese Strömungen gerade jetzt Aufwind? Wo ist denn der frauenpolitische Fortschritt, auf den sie reagieren?

Lehnert: Gender Mainstreaming ist seit der Jahrtausendwende offizielle EU-Politik. Wir haben seit 2002 erstmals ein Gewaltschutzgesetz, das u. a. den Betroffenen von häuslicher Gewalt die Wohnung zuspricht. Frauen steigen eher in Führungspositionen auf – und wir haben sogar eine kleine Quote. Das sind alles Fortschritte. Der leitende Diskurs, auch und gerade in den Medien, wurde bis dahin von mittelalten heterosexuellen Männern

geführt. Das ist mittlerweile nicht mehr selbstverständlich und wird hinterfragt. Die Aktionen von „Pro Quote“ sind ein gutes Beispiel dafür: Sie verleihen einem gestandenen Chefredakteur einen Frosch als „Prämie“, weil es keine Frauen in seiner Chefredaktion gibt. Diese Elite wird heute also infrage gestellt.

FES: Vorher bekamen die Frauen ihre Frauenecke – und dann war Ruhe.

Lehnert: Ja, sie stellten damit weniger den herrschenden Diskurs infrage. Das ist jetzt anders. Unser gesamtes Frauenbild wandelt sich. Wie lange war das Frausein beispielsweise unmittelbar an Mütterlichkeit gebunden? AfD und Pegida ist es gelungen, zusammen mit diesen Eliten gegen das zu kämpfen, was sie als Abwertung ihrer Männlichkeit wahrnehmen.

FES: Spielt das auch bei den Ausbrüchen gegenüber Angela Merkel eine Rolle?

Lehnert: Ja, ziemlich eindeutig. Als „Mutti der Nation“ war sie willkommen, aber die Mütterlichkeit soll bitte auf das „deutsche Volk“ beschränkt bleiben. Wenn sie für offenere Grenzen wirbt, fällt sie für diese Leute völlig aus der Rolle.

FES: Welche Rolle spielt die katholische Kirche mit ihrem Antiabtreibungsdiskurs bei der Sache?

Lehnert: Im Westen kommen viele Aktive der AfD aus der christlich-fundamentalistischen Ecke, etwa Beatrix von Storch. Im Osten ist das nicht so verbreitet. Aber insgesamt sehen wir eine Re-Religionisierung in Deutschland. Die einen wollen, dass das fundamentalistische Christentum wieder eine größere Rolle spielt, die anderen wollen dasselbe vom Islam. Religiöse Begründungen von Normen spielen wieder eine größere Rolle. Das finde ich absurd, aber es ist so.

FES: Welche Rolle spielt der Neoliberalismus bei Strömungen wie der AfD? Das Stichwort wäre hier: Die sozialen Bindungen gehen ein Stück weit verloren, ein verschärfter Individualismus und Egoismus sind angesagt – das verunsichert Menschen.

Lehnert: Das spielt eine große Rolle, und zwar in einer Art Zangenbewegung. Die AfD argumentiert einerseits neoliberal und mit einem starken Sozialdarwinismus, den sie als „natürlich“ ansieht. Dazu passen auch die Verherrlichung von Männlichkeit und die Frauenfeindlichkeit. Die dadurch vereinzelt und verunsicherten Individuen werden dann andererseits über die „Volksgemeinschaft“ wieder sozial eingebunden. Das können wir durchaus mit Strategien der Nationalsozialisten vergleichen: Die haben es geschafft, die Arbeiter anzusprechen, obwohl ihre Politik nicht arbeiterfreundlich war. Sie haben ja auch die Frauen angesprochen, obwohl ihre Politik frauenfeindlich war.

FES: Wenn man sich international umschaute, sind autoritäre Führungsstrukturen auf dem Vormarsch, von Putin über Le Pen bis zu den Anhänger_innen von Donald Trump in den USA. Zugespielt gefragt: Ist das der Anfang vom Ende des demokratischen Zeitalters?

Lehnert: Ach was. Aber man muss sehen: Was Adorno als „autoritären Charakter“ bezeichnet hat, das war nie weg. Doch Geschichte ist nie linear und wiederholt sich auch nicht. Wir sehen nicht nur den Aufstieg autoritärer Regierungen, sondern auch eine Menge Protest dagegen. Und in Deutschland gibt es nicht nur die AfD, sondern ein in unserer Geschichte beispielloses Engagement für Geflüchtete. Wir haben eine neue Dimension der Offenheit gegenüber queeren Menschen und es wird erstmals über Postkolonialismus diskutiert. Man muss Offenheit und Toleranz wie ein Mantra immer wieder einfordern. Demokratie muss jeden Tag neu gelernt werden.

Das Interview führte HEIDE OESTREICH.

Die in diesem Beitrag zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind die der Interview-Partnerin und nicht unbedingt die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



*Beatrix von Storch sitzt für die rechtspopulistische AfD im Europäischen Parlament.
Foto: picture-alliance*

GEGEN DIE „KULTUR DES TODES“: ANTIFEMINISMUS IN EUROPA

Bereits 178 Kindergärten in Polen tragen das Anti-Gender-Zertifikat. Dort werden garantiert keine Geschlechternormen infrage gestellt. Slowakische Bischöfe bezeichnen die Gendertheorie als „Kultur des Todes“.

In der Slowakei sprechen sich in einem Referendum 80 Prozent der Teilnehmenden gegen die „Homoehe“ und das Adoptionsrecht für Homosexuelle aus. In Polen bildet sich ein parlamentarisches „Stop Gender Ideology“-Komitee. Frankreich zieht nach massivem Druck der Anti-Gender-Front ein Programm zur Gleichstellung von Frauen und Männern zurück. Und das Europaparlament kann sich auf einmal nicht mehr darauf einigen, dass eine Abtreibung straflos bleiben sollte.

Was nach schlechter Science Fiction klingt, ist heute Realität in Europa. Es gibt Kräfte, die einen Rollback wollen – und diese Kräfte werden stärker und einflussreicher. Wie sieht sie aus, diese europäische Anti-Gender-Front?

Die Anti-Gender-Front

Sie ist getragen von christlichen Fundamentalist_innen. Andreas Kemper macht in seiner Expertise „Keimzelle der Nation – Teil 2“ (<http://library.fes.de/pdf-files/dialog/11163.pdf>) für die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) darauf aufmerksam, dass sich fundamentalistische Christ_innen verstärkt zu außerkirchlicher Aktivität berufen sehen, seit Johannes Paul II zur Neuevangelisierung des glaubensmüden Europas aufrief. Benedikt XVI hat das Vorhaben durch einen „Päpstlichen Rat zur Förderung der Neuevangelisierung“ vorangetrieben. Dadurch sehen sich konservative Akteur_innen wie etwa die Publizistin Birgit Kelle oder Beatrix von Storch, Europaparlamentarierin von der Alternative für Deutschland (AfD), ermutigt, auch außerkirchlich über zivilgesellschaftliche Organisationen Einfluss zu nehmen.

Solche Organisationen haben sich in allen europäischen Ländern gebildet. Sie heißen „CARE for Europe“ (Christian Action Research and Education) oder „New Women for Europe“ (im Vorstand: Birgit Kelle), sie starten Initiativen wie die europäische Bürger_innen-Initiative „One of us“ (die Beatrix von Storch und Hedwig von Beverfoerde mitorganisierten): Darin wird unter anderem gefordert, dass Entwicklungshilfe nicht mehr an Organisationen gezahlt wird, die Abtreibungen unterstützen. 1,74 Millionen Menschen haben unterzeichnet. Die EU-Kommission lehnte die Umsetzung dieses Vorhabens jedoch ab.

Der sogenannte Lebensschutz ist einer der immer wieder auftauchenden Inhalte der Anti-Gender-Bewegung. Zwei weitere Themen sind ebenfalls

stark in fundamental christlichen Forderungen verankert: Eines ist die Ablehnung der Homosexualität. Konkret werden vor allem die „Homoehe“ und das Adoptionsrecht bekämpft sowie die Darstellung von Homosexualität im Schulunterricht. „Früh- oder Hypersexualisierung“ lauten hier die eingängigen populistischen Stichworte. Das zweite Thema ist die Glorifizierung von heterosexueller Ehe und Familie – und damit die Ablehnung aller Zweifel an den althergebrachten Geschlechterrollen. Die Begriffe „drohende Umerziehung“ und „Gender-Ideologie“ fehlen dabei nie.

Andreas Kemper nennt diesen Themenkomplex mit rückwärtsgewandtem, stark normativ aufgeladenem Familienbild „Familialismus“. Zurück zur konservativen Familie: Das heißt auch, zurück zu einem Modell der Ungleichheit zwischen Mann und Frau – zurück an den Herd – und zwischen Mehrheit und Minderheiten. Kemper hält es nicht für einen Zufall, dass mit von Storch und von Beverfoerde zwei Aktivistinnen aus dem Adel das Wort führen. Es gehe darum, die „katholische Hierarchie“ wieder herzustellen und sie den Menschenrechten sowie der Freiheit und Gleichheit vorzuziehen.

Dieser konservative Familialismus als Reaktion auf den (gefühlten) Verlust der sozialen Bindungen in Westeuropa blüht auch im ehemaligen Ostblock, wo der Zerfall solcher Bindungen im Zeitraffer erlebt wurde. So lobt der russische Präsident Wladimir Putin, der ein Gesetz gegen „homosexuelle Propaganda“ vorantrieb, diese Bestrebungen und wird seinerseits von Marine Le Pen bewundert: „Mit Putin können wir die christliche Zivilisation retten“, sagte die Vorsitzende des französischen Front National schon 2014.

Während im Westen das Gefühl befördert wird, die Europäische Union (EU) sei „zu weit“ gegangen in ihrer Vorstellung von der Gleichheit der Geschlechter und der Anerkennung der Menschenrechte von Homosexuellen (ihrem Recht auf Ehe und Familie etwa), wird im Osten oft betont, dass die EU dem Land etwas aufzwingen wolle, das ihm wesensfremd sei. Das ist ein leichter Unterschied in der Rhetorik – aber kaum bei den Inhalten.

Zwei Beispiele: Frankreich und die Slowakei

Eszter Kováts, in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Budapest für das Projekt „Gendergerechtigkeit in Ostmitteleuropa“ zuständig, und Maari Pöim von der „Foundation of European Progressive Studies“ (FEPS) haben in ihrem

Sammelband „Gender as symbolic glue“ (<http://bit.ly/1VQY5dT>) einige Länderstudien zusammengestellt. Im Folgenden sollen zwei Beispiele aus dem Band näher betrachtet werden, eines aus West- und eines aus Osteuropa.

In **Frankreich** entzündete sich der Widerstand gegen die „idéologie de genre“ rund um die konservative Mobilisierung gegen die von Präsident François Hollande im Wahlkampf 2011 versprochene „Homoehe“. Diese sollte eine Fortentwicklung der bisherigen „Ehe light“ des „Zivilpakts der Solidarität“ („pacte civil de solidarité“, Pacs) sein und homosexuellen Paaren unter anderem die Adoption von Kindern erlauben. Zur Hochzeit der Bewegung gingen bis zu 800.000 Menschen auf die Straße, die sich nicht vorstellen konnten, dass auch Homosexuelle gute Eltern sein können.

Angeführt wurde die Bewegung von katholischen Intellektuellen, die zuvor versucht hatten, den Widerstand gegen Sexualkunde in Schulbüchern zu organisieren, allerdings ohne nennenswerte Ergebnisse. Mit der Homophobie hatten sie mehr Erfolg. Sie stellten sowohl die „Homoehe“ als auch die Gendertheorie, die „auf die Veränderbarkeit von Geschlechtersrollen setzt“, als Gefahr für die Familie dar, schreibt Gaël Brustier in seinem Beitrag.

Die Parteien reagierten unterschiedlich auf diese Bewegung. Nicolas Sarkozy, Chef der konservativen UMP, wollte klar die Rechtskatholik_innen ansprechen, obwohl er selbst noch wenige Jahre zuvor EU-konforme Maßnahmen in der Wendung gegen Geschlechterstereotype eingeführt hatte: 2011 wurde das Konzept Gender ins Schulcurriculum integriert – ein „ABC der Gleichheit“ sollte als Programm dabei helfen, Stereotype abzubauen.

Nach den homo- und genderphoben Märschen war nun die UMP, mittlerweile in der Opposition, plötzlich dagegen, die Gendertheorie in Schulbüchern zu berücksichtigen. Im Jahr 2013, nach den großen homophoben Aufmärschen, klagte die Partei sogar gegen das Gesetz zur Öffnung der Ehe, das die Nationalversammlung bereits verabschiedet hatte. Die Klage wurde abgewiesen, Ende März 2013 heiratete das erste Paar in Montpellier.

Der Front National unter Marine Le Pen ist gespalten. Er hatte sich ursprünglich dem „Modell Wilders“ aus den Niederlanden angeschlossen, nach dem Frauen und Homosexuelle vor „dem Islam“ geschützt werden sollten. Das passt schlecht zusammen mit der Forderung nach weniger Rechten für Homosexuelle und Frauen – die die Partei auch als mögliche Zielgruppen identifiziert hat, um im bürgerlichen Lager auf Stimmenfang



Die Komikerin Frigide Barjot unterstützt die französische Demo „La Manif Pour Tous“, die sich gegen die Ehe für alle ausspricht. Vielfalt ist unerwünscht!
Foto: picture-alliance

zu gehen. Deshalb lässt sich im Parteiprogramm nichts zu dem Thema finden und es äußern sich nur einzelne Repräsentant_innen gegen die „idéologie du genre“, die „Gender-Ideologie“.

Die konservativen Demonstrationen beeindruckten aber auch die sozialistische Regierung unter François Hollande: Das „ABC der Gleichheit“ etwa wurde zurückgezogen – angeblich, um es zu überarbeiten. Seitdem ward nichts mehr davon gehört.

Der Band von Kováts und Pöim erkundet auch, welche Gegenstrategien die progressiven Kräfte jeweils anwenden könnten. Brustier fordert, den konservativen Werten gesunden Menschenverstand und Gemeinsinn entgegenzusetzen sowie Verteilungs- und Machtfragen zu erörtern. Das Wichtigste sei, so Brustier, zu polarisieren und eine klare Botschaft zu vermitteln. Diese sieht er aktuell in Frankreich noch nicht.

In der **Slowakei** entzündete sich der Anti-Gender-Protest ebenfalls an einem politisch umstrittenen Punkt: Fundamentalistische Christ_innen und Rechte hatten dort 2014 genügend Unterschriften für ein Referendum gesammelt. Themen waren die Ehe als einzigartige Verbindung von Mann und Frau, ein Adoptionsverbot für Homosexuelle sowie das Recht der Schüler_innen, nicht am Sexualkundeunterricht teilzunehmen. Alle konservativen Parteien schlossen sich an. Anders als in Frankreich gab es in der Rechten keine

Partei, die meinte, auf eine homosexuelle Wähler_innenschaft Rücksicht nehmen zu müssen.

Es begann, wie in anderen Ländern, mit der katholischen Rechten. So hatten die Bischöfe 2013 in einem Pastoralbrief die Auflösung von Geschlechtergrenzen als Weg in den Zerfall der Gesellschaft bezeichnet. Die Gender-„Ideologie“ wird dort als Bestandteil einer „Kultur des Todes“ bezeichnet. Ihre Vertreter_innen, als Anhänger_innen dieser „Kultur des Todes“, wollen – so heißt es in dem Brief –, dass Männer sich nicht mehr als Männer fühlen und Frauen nicht als Frauen, und daher befürworten sie auch die gleichgeschlechtliche Ehe.

Petra Ďurinová schreibt in ihrem Beitrag für „Gender as symbolic glue“, dass sich kurz darauf eine kirchennahe „Allianz für die Familie“ bildete. Ihr Ziel war die oben erwähnte Volksabstimmung zum Thema „Familien-schutz“. Die konservativen Parteien griffen das Thema auf: Sie banden ihre Wähler_innen mit dem Versprechen, die „gesunde Familie“ als Grundvoraussetzung für die Lösung der „moralischen Krise“ der Gesellschaft zu propagieren. Die Ehe als Gemeinschaft von Mann und Frau ist in diversen Parteiprogrammen festgeschrieben. Am 7. Februar 2015 fand das Referendum statt: 80 Prozent der Teilnehmenden sprachen sich für den „Familien-schutz“ aus. Allerdings blieben ihre Stimmen ungültig, denn die erforderliche Wahlbeteiligung von 50 Prozent der Wähler_innenschaft wurde nicht erreicht; es beteiligten sich nur gut 20 Prozent.

Deutlicher als in westeuropäischen Ländern werden die Anforderungen der EU in der Slowakei als dem Land wesensfremde Bedingungen wahrgenommen. So disqualifiziert Jan Figel, Chef der oppositionellen christdemokratischen KDH, die Menschenrechtsstrategie der EU als „inspiriert durch die Gender-Ideologie“. Die Partei verspricht ihren Wähler_innen, diese Verpflichtungen entweder nicht umzusetzen oder sie neu zu verhandeln. Die regierenden Sozialdemokrat_innen hatten drei Jahre an der Umsetzung der Menschenrechtspläne gearbeitet, schafften es bei dem enormen gesellschaftlichen und politischen Gegenwind aber nicht, die Strategie in gesetzliche Maßnahmen zu fassen. Sie wird jetzt etwas unverbindlicher „Rahmenstrategie“ genannt.

Die Homophoben schafften es dagegen, in den Verfassungsartikel über den Schutz der Ehe 2014 einen Zusatz aufzunehmen: „Die Ehe ist eine einzigartige Partnerschaft zwischen Mann und Frau“, ist dort nun zu lesen.

Widerstand gegen den Anti-Gender-Diskurs kam lediglich aus der Wissenschaft. So entwickelte das Gender Equality Institute einen E-Learning-Kurs, der sich an Staatsangestellte, Studierende und auch die Öffentlichkeit wendet. Daran teilzunehmen, setzt aber bereits ein spezielles Interesse voraus. Insgesamt, so bilanziert Petra Ďurinová, fehlt es an einem Dialog über das Thema „Gender“ und die Vorteile, die aus dem Abbau von Geschlechterstereotypen resultieren. Zudem mangelt es an der Vernetzung einzelner Initiativen. Rückendeckung aus der EU ist dringend erforderlich.

Paneuropäische Bewegung – paneuropäischer Widerstand?

Das Dialogprogramm der Friedrich-Ebert-Stiftung gewährte einen weiteren Überblick über die Anti-Gender-Aktivitäten. So wurden etwa bei der großen Konferenz „Gender Ideology – Mobilization against gender equality and sexual rights in Europe“ vom 15. bis 17. November 2015 in Brüssel noch einmal die unterschiedlichen Anti-Gender-Strategien in 14 EU-Ländern diskutiert und das EU-weite Forschungsprogramm mit diesem Schwerpunkt erörtert.

Die Politikwissenschaftler David Paternotte und Roman Kuhar warnten davor, in nationalen Sichtweisen zu verharren. Die Anti-Gender-Bewegung sei nicht in jeder Nation aus national erklärbaren Gründen gewachsen – man müsse den europaweiten Kontext sehen und thematisieren. Denn über Argumentationen, Logos und Aktionen würde sich die Anti-Gender-Bewegung durchaus international austauschen, wenn etwa die französische „Manif pour tous“ sowohl nach Italien exportiert wird als auch der deutschen „Demo für alle“ als Vorbild dient.

Mehr noch gelte es auch eine globale Perspektive zu berücksichtigen. Der Ursprung der konservativen Geschlechtersicht etwa liege bei der katholischen Kirche, dem „ältesten politischen Akteur“ auf der globalen Bühne. Die Kirche agitierte schon in den 1990er Jahren gegen die Weltfrauenkonferenz in Peking (1995) und lehnt bereits seit jener Zeit das in Peking entwickelte Konzept des Gender Mainstreaming ab. Zudem übernehmen die Lebensschützer_innen Methoden der christlichen Pro-Life-Bewegung aus den USA. Und schließlich werden diese Diskurse in den lateinamerikanischen, afrikanischen und arabischen Ländern mit einem antikolonialen Diskurs verknüpft, der die Menschen- und vor allem die Frauenrechte als westlichen postkolonialen Dominanzdiskurs brandmarkt. Das Besondere an Europa ist,

dass die Formierung transeuropäischer Bewegungen im wahrsten Sinne des Wortes als „Transport“ von realen Menschen heute in kürzester Zeit möglich ist. Aktivist_innen entfalten eine rege Reisetätigkeit und verbinden so die Gruppierungen in den einzelnen Ländern. Zudem gibt es mit der EU supranationale Strukturen, die auch die Anti-Gender-Front für ihre Kampagnen nutzt.

Die katholisch-konservative deutsche Soziologin Gabriele Kuby ist in osteuropäischen Ländern gern gesehener Gast. Die französische Komödiantin mit dem Künstlernamen „Frigide Barjot“, die die Demonstrationen gegen die „Homoehe“ in Frankreich angeführt hatte, machte eine regelrechte Tournee durch Europa. Weitere Aktivist_innen werden von Stiftungen des Moskauer Patriarchats eingeladen und auf höherer Ebene finanziert – so unterstützte eine russische Bank Marine Le Pens Wahlkampf in Frankreich, was Le Pen durch regelmäßige Ergebnisadressen gen Moskau quittiert. Bücher und Dokumente werden prompt übersetzt, und so fand etwa auch der oben erwähnte slowakische Pastoralbrief seinen Weg nach Ungarn und Slowenien. Der Aktivismus wird ebenfalls transnational: Die französische „Manif pour tous“-Bewegung regte 2014 erstmals eine europaweite Demonstration an, die in verschiedenen Ländern zu kleineren Co-Demonstrationen führte.

Vor dem Hintergrund zunehmender Aktivitäten der Genderphobiker_innen sehen die Vereinigungen, die sich dem Fortschritt der Geschlechtergleichheit verschrieben haben, mit Sorge auf das offizielle Gebaren der EU. Diese hat nämlich bisher keine größeren Anstrengungen unternommen, die im Jahr 2015 ausgelaufene Gleichstellungsstrategie weiterzuentwickeln. Eigentlich wäre ein Folgeprogramm für die nächsten fünf Jahre fällig gewesen – doch dazu kam es bisher nicht.

Die goldenen Zeiten der EU-Genderpolitik sind vorbei, resümiert die Politikwissenschaftlerin Irene Pimminger in ihrem FES-Report „Sag beim Abschied leise Servus?“ (<http://bit.ly/28Vm22i>) über aktuelle Entwicklungen in der EU-Gleichstellungspolitik. So sei Geschlechtergerechtigkeit in der neuen EU-Strategie bis 2020 nicht einmal als eigenständiges Ziel aufgenommen worden. Im November 2015 warnten Vertreter_innen der Zivilgesellschaft und Politik auf der FES-Tagung „Es steht viel auf dem Spiel – Wohin geht die europäische Gleichstellungspolitik nach 2015“ (<http://bit.ly/28J45Du>) vor einem Auslaufen der Gleichstellungsstrategie.

Auf der FES-Tagung „The future of EU gender equality policies – What’s next?“ in Brüssel stellte die Europaabgeordnete Maria Noichl im gleichen Monat einen Initiativbericht dazu vor. Vor allem die Einbindung von Männern in die Gleichstellungspolitik sollte ihrer Meinung nach ein Thema werden. Die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie sei als Thema nun auch bei den Vätern angekommen. Ohne ihre Beteiligung an der Erziehung der Kinder und der Hausarbeit gebe es auch für Frauen schwerlich weitere Fortschritte. Zudem müsse ein Schwerpunkt auf die steigende häusliche Gewalt gelegt werden.

Der Druck zeigte ein wenig Wirkung: Die zuständige Justizkommissarin Vera Jourová legte ein Arbeitspapier vor, ein sogenanntes Staff Working Paper. Darin wird allerdings kein neuer Ansatz präsentiert, sondern lediglich die Fortführung der alten Vorhaben geplant. Die Kritiker_innen sind wenig begeistert, das Papier sei kaum verbindlich, hieß es. „Dies ist ein fatales Zeichen für die europäische Gleichstellungspolitik“, kommentiert Kristin Linke von der FES.

Wenn die Genderphobiker_innen tatsächlich weitere Erfolge dabei erzielen, dass Genderthemen in Misskredit geraten, könnte das auch auf die klassischen Bereiche Arbeitsmarktpolitik und Anti-Gewalt-Arbeit Auswirkungen haben. Ihre Propaganda trafe dann auf einen von der EU-Kommission ohnehin vernachlässigten Bereich. Beides zusammen würde nicht nur einen Stillstand der Gleichstellungspolitik bedeuten, sondern vielmehr einen fatalen Rückschritt.

Autorin: HEIDE OESTREICH

*Zulieferung von: ESZTER KOVÁTS, FES Budapest,
FRIEDERIKE KAMM, FES Brüssel*



*Andrea Pető wirft in „Gender as symbolic glue“ einen Blick auf die Anti-Gender-Bewegung in Europa.
Foto: CEU/Daniel Vogel*

ANTI-GENDER- BEWEGUNGEN IN EUROPA – WAS TUN?

Andrea Pető, Professorin an der Central European University in Budapest, hat sich im Sammelband „Gender as symbolic glue“ mit der Anti-Gender-Bewegung in Europa auseinandergesetzt.

Heide Oestreich (Autorin *Gender matters!*) und Eszter Kováts (FES Ungarn) haben hier eine erweiterte Fassung des Epilogs von Pető für *Gender matters!* übersetzt.

Ein Gespenst geht um in Europa. Es verfolgt Gleichstellungsexpert_innen, Aktivist_innen, Politiker_innen und Wissenschaftler_innen. Es ist die Anti-Gender-Bewegung. Von Paris bis in die Slowakei gehen Zehntausende gegen die Legalisierung der „Homoehe“ auf die Straße, unterschreiben Manifeste gegen Sexualekunde und wollen das Wort „Gender“ aus den Schulcurricula streichen. Zum ersten Mal seit 1945 wird damit der Konsens über unsere europäischen Werte infrage gestellt – Zeit also, über Gegenstrategien nachzudenken. Die progressiven Kräfte müssen das neoliberale Emanzipationskonzept selbstkritisch überdenken und versuchen, feministisches Handeln wieder im Max Weberschen Sinne zu „verzaubern“. Nur so kann man es für ein breiteres Publikum attraktiv gestalten, anstatt Andere dafür verantwortlich zu machen, wenn man missverstanden wird, oder, noch schlimmer, immer wieder zu erklären, „was Gender wirklich ist“ (Pető 2015a, Pető 2015b).

Was macht die Bewegungen so relevant?

Die Anti-Gender-Bewegungen eröffnen ein neues Terrain in Europas politischer, kultureller und sozialer Landschaft und stellen bisherige Konfliktlinien infrage. Auf der einen Seite schwindet das Ansehen demokratischer Politik: Die Wahlbeteiligung sinkt, etablierte Parteien finden keinen Nachwuchs. Auf der anderen Seite bleibt die Zahl derer, die sich in säkularen menschenrechtsbasierten Frauenorganisationen engagieren, in etwa gleich. Während also progressive Bewegungen nicht größer werden, hat die Anti-Gender-Bewegung mit mangelnder Partizipation offenbar kein Problem.

Das Ergebnis ist eine Rhetorik der Identität außerhalb des Rahmens der universalen Menschenrechte, in dem Geschlechterfragen bisher ihren bequemen Platz gefunden hatten. Allerdings sieht es nur auf den ersten Blick so aus, dass diese Organisationen „Anti-Gender“ sind, weil sie etwas angreifen, was sie „die Gender-Ideologie“ nennen. Eine tiefergehende Analyse in fünf europäischen Ländern (Ungarn, Frankreich, Deutschland, Polen und der Slowakei; Kováts und Pöim 2015: *Gender as symbolic glue*) zeigt jedoch, dass deren Argumentation eine Alternative zu etablierten Denkgewohnheiten bietet. „Gender“ fungiert nur als eine Art symbolischer Klebstoff.

Wie die fortschrittlichen Kräfte diese neue politische, partizipative, soziale und kulturelle Entwicklung einzuschätzen haben, bleibt eine offene Frage, ebenso wie die nach dem Einfluss der Bewegungen auf die konservativen Parteien, die ja selbst ein Produkt des europäischen Konsenses der Menschenrechte sind.

Die Protagonist_innen der Anti-Gender-Bewegungen scheinen auf den ersten Blick ausschließlich die Geschlechterpolitik anzugreifen, doch verbirgt sich viel mehr dahinter: eine Desavouierung der europäischen Politik und unseres Wertesystems sowie der Wunsch, die liberale Demokratie hinter sich zu lassen. Dies ist erst jetzt möglich, da das Versprechen der Gleichstellung entweder gebrochen wurde (im „neuen Europa“) oder zu verfrühten und eher oberflächlichen Veränderungen (im „alten Europa“) geführt hat.

Die Anti-Gender-Bewegung ist eine globale Erscheinung. Ihre Anziehungskraft beruht darauf, dass in einigen Nationalstaaten internationale Menschenrechtsabkommen vermehrt infrage gestellt werden. Oft wird mit „kulturellen Ausnahmen“ argumentiert, die es zu schaffen gelte. So haben mehrere afrikanische Länder Hilfsprogramme kritisiert, die die reproduktiven Rechte von Frauen sicherstellen sollen. Diese Programme würden – so die Kritik – den Ländern eine „Gender-Ideologie“ aufzwingen, auf die die Länder im Geiste des antikolonialen Freiheitskampfes zu reagieren hätten.

Wenn progressive Politiker_innen diese neue politische Entwicklung verstehen wollen, müssen sie einen neuen konzeptionellen Rahmen finden. Die Anti-Gender-Bewegungen haben keine Utopie und sie wollen keine Geschlechtergleichheit in naher Zukunft. Stattdessen versprechen sie einen schnellen Wandel nach ihren Vorstellungen. Kurzum, diese Bewegungen sind erfolgreich, weil sie auf der fundamentalen Schwäche der progressiven Kräfte aufbauen, die ihrerseits einen schnellen Wandel in der globalisierten Welt versprochen hatten (Pető und Vasali 2014).

Reaktionen

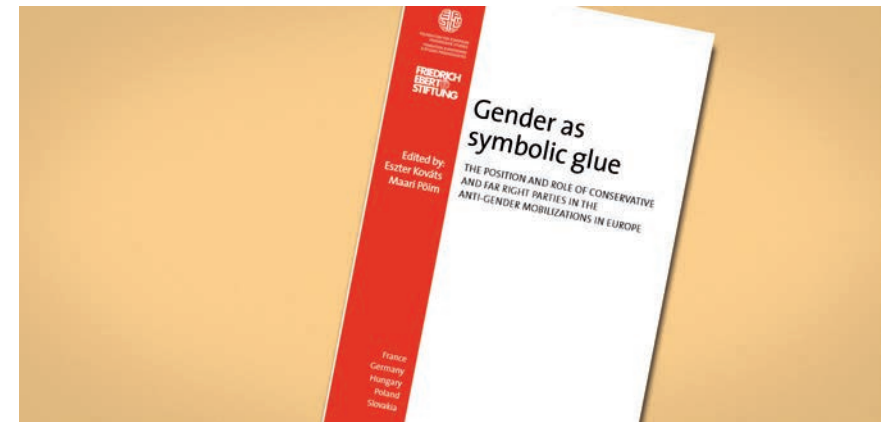
Die fortschrittlichen, menschenrechtsbasierten und säkularen Frauenbewegungen reagieren auf die wachsende Bedeutung der Anti-Gender-Bewegungen überwiegend defensiv. Forschung und Politik beginnen jetzt, die Entwicklungen zu verstehen und Gegenstrategien zu entwerfen. In Deutschland tauchte 2006 erstmals ein Artikel in der konservativen Frankfurter Allgemeinen Zeitung auf, in dem der Autor Volker Zastrow etwas kritisiert,

was er für „Gender“ hält. Demnach werden die Linien zwischen konservativen und rechten Publikationen zunehmend schwammig, die Argumentationen der Veröffentlichungen austauschbar. Die progressiven Kräfte haben erst in den vergangenen zwei(!) Jahren bemerkt, dass sie in eine Ecke gedrängt werden und es sehr schwierig ist, sich dort herauszumanövrieren (Heinrich-Böll-Stiftung 2015). Die Anti-Gender-Mobilisierung kämpft um Kontrolle – ein hegemonialer Kampf im Sinne Gramscis. Denn darum geht es, wenn Menschenrechte und die progressive europäische Tradition der Gleichheit umdefiniert werden.

Die erste Reaktion auf diese Bewegungen war Abwehr: Man stellte schlicht fest, dass die Gegenseite nicht verstanden hat, was Gender ist. Aufklärungskampagnen wurden lanciert. Die zweite Reaktion war defensiv und versuchte, die Daseinsberechtigung von Gleichstellungspolitik mit entsprechenden Argumenten zu untermauern. Elżbieta Korolczuk hat gezeigt, dass Forscher_innen von einem „Backlash“ sprachen, was aber fälschlicherweise einen Konsens darüber voraussetzt, was Gender ist und was mit dem Konzept erreicht werden soll (Korolczuk 2014). Die dritte Reaktion, die parallel zu der Bildung einer Wagenburg stattfand, war das Monitoring der Anti-Gender-Bewegung in den sozialen Medien. So wird auch die katholische Kirche genau beobachtet, die als Hauptinitiatorin und institutionelle Organisatorin von Anti-Gender-Kampagnen angesehen wird (Paternotte 2014). Diese Analysen beschuldigen die katholische Kirche ausdrücklich – ohne dass allerdings die aktuellen Veränderungen berücksichtigt werden: Denn die katholische Kirche war nie homogen und versucht gerade heute, sich den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu stellen, indem sie ihre Führungsstruktur verändert, mehr Frauen in Leitungspositionen integriert und auch ernsthafte Debatten über Geschlechterfragen eröffnet (Marschütz 2014).

Gegenstrategien

Die Wissenschaft ist das Feld, auf dem besonders intensiv um die „Gender-Ideologie“ gekämpft wird (Petó 2016). So werden neue „wissenschaftliche Studien“ herausgegeben, in denen etwa die psychische Stabilität von Kindern untersucht wird, die bei gleichgeschlechtlichen Eltern aufwachsen. Roman Kuhar hat in seinem Vergleich der Entwicklungen in Slowenien und Kroatien überzeugend dargelegt, dass die „wissenschaftlichen“ Belege der Anti-Gender-Bewegung gegen die „Gender-Ideologie“ einen Paradigmenwechsel in der Wissenschaft, wie wir sie kennen, bedeuten. Jeder wissenschaftliche



Der Sammelband „Gender as symbolic glue“ (<http://bit.ly/1VQY5dT>) vergleicht Anti-Gender-Bewegungen in Frankreich, Deutschland, Ungarn, Polen und der Slowakei. Quelle: FES

Befund wird bestritten, und zwar aus einer normativ-moralischen Position heraus. Selektives Zitieren von Daten, die aus dem Zusammenhang gerissen werden, um damit ideologische Positionen zu belegen, ist eine der gängigen Methoden. Kuhar nennt diese Strategie die „Säkularisierung des Diskurses, um die Gesellschaft zu klerikalisieren“ (Kuhar 2014).

Das postmoderne Herangehen an die Wissenschaft – politisch informiert, kritisch und interdisziplinär – führte zu neuen Ansätzen. Bis dahin ausgegrenzte Akteur_innen, die eine kritische Perspektive – wie beispielsweise die Genderperspektive – vertreten, mussten nun anerkannt werden. Dem lagen durchaus auch normative Entscheidungen zugrunde, wie etwa, dass die jeweilige Position des oder der Sprechenden deutlich gemacht und anerkannt wird. Damit wurde auch die Subjekt-Objekt-Aufteilung infrage gestellt und es entwickelten sich neue Symboliken, Neudefinitionen – und neue Mythen. Diese „Positionalität“ wurde von dem britischen Historiker Eric Hobsbawm so erfasst: „Meine Wahrheit ist ebenso gültig wie deine Wahrheit“. Es ist ein anti-universalistischer Ansatz – den sich nun die Anti-Gender-Kräfte zu eigen machen.

Das Sichtbarmachen von Anti-Gender-Entwicklungen und das Anprangern ihrer Aktivitäten – inklusive der Frage, was nun für wen wissenschaftlich ist – („naming and shaming“), war nur teilweise erfolgreich, da vor allem die Kluft zwischen den verschiedenen Positionen vertieft wurde, ohne dass wirklich verstanden worden wäre, inwiefern das Gerüst der Menschenrechte

bedroht ist – und vor allem, ohne dass man neue Mittel oder Argumente für progressive Politik gefunden hätte.

Eine wirkliche Gegenstrategie, die auch im Sinne einer erneuten „Verzauerung“ des Themas gelten kann, würde einen Wechsel des Diskurses und des Stils bedeuten. In Ungarn organisiert die Friedrich-Ebert-Stiftung mit einem Programm den **Dialog** osteuropäischer Teilnehmer_innen, die von verschiedenen Standpunkten aus diskutieren. Die bisherigen Themen „Mutter-schaft“, „Männlichkeiten“, „Liebe“ und „Würde“ stehen quer zu den bisherigen Konfliktlinien und eröffnen einen neuen Raum für Themen rund um Geschlechtergleichheit (Kováts 2015, Kováts und Pető – im Erscheinen). Die Dialogforen funktionierten „transversal“¹ im Sinne von Nira Yuval-Davis: **Begriffe der Differenz sollten demnach Begriffe von Gleichheit nicht ersetzen, sondern sie einbeziehen.** Dies schafft Raum für Menschen, die sich engagieren wollen.

Der erste Schritt bei der Formulierung von Gegenstrategien ist die **Offensive: eine unabhängige Strategie zu entwickeln, statt auf Angriffe zu reagieren.** Man muss dabei akzeptieren, dass progressive Politik ein Ergebnis der Aufklärung ist und deshalb mit den normativen Grundlagen der Aufklärung arbeitet. Dabei entstehen zwangsläufig Minderheiten, entsteht das gefürchtete „Othering“: jemanden zum „Anderen“ zu erklären. Die europäische Tradition der Aufklärung arbeitet mit normativen Positionen. Dieses Vorgehen eignet sich die Anti-Gender-Bewegung an, um einen vereinten Angriff auf LGBTQ-Gruppen zu starten, mit der Absicht, den Zusammenhalt christlicher Gruppen in Europa zu stärken.

Anti-Gender-Bewegungen sind eine neokonservative populistische Kritik gegenüber den neoliberalen Demokratien (Grzebalska 2016). **Es ist ein hegemonialer Kampf um die Neubestimmung der neoliberalen repräsentativen Demokratie, und dieser Prozess schafft neue Konfliktlinien, die eine progressive Politik bedenken muss.** Die Anti-

[1] Damit sollen die Fallen des assimilatorischen und ausschließenden Universalismus einerseits und der essenzialistischen Identitätspolitik andererseits vermieden werden. Bei der transversalen Politik erkennen alle Seiten an, dass ihr bisheriger Standpunkt auch unfertig sein kann – aber nicht „ungültig“ (Nira Yuval Davis 1999: 94-98).

Gender-Bewegung ist ein neues Phänomen europäischer Politik, das auf dem Scheitern neoliberaler Emanzipation beruht. **Deshalb brauchen die progressiven Kräfte ein neues Denkmodell, um hier sinnvolle Antworten zu finden.** Der Kampf um Emanzipation und Fortschritt war seit jeher mit populärer Politik verbunden. Wenn die progressiven Kräfte sich dabei nicht auf ihre wertvollen und innovativen Wurzeln beziehen, fallen sie zurück auf gewohnte Gleichstellungspolitiken, mit denen man den neuen Anti-Gender-Kurs nicht erfolgreich bekämpfen kann. Deren Sprache trennt nämlich nicht nur die politischen Ziele von ihren Unterstützer_innen, sondern kann auch den utopischen Gehalt der Geschlechtergerechtigkeit nicht vermitteln. Wir brauchen wieder den Mut und die Originalität der historischen Akteur_innen, die infrage zu stellen wagten, was zuvor als unbestreitbare Dogmen in Politik und Gesellschaft begriffen wurde. **Die „entzauberte“ progressive Politik muss wieder „verzaubert“ werden (Pető 2015b) und wieder die alltägliche Sprache der Menschen sprechen, keine funktionalistische Fachsprache.**

Denn das wirksamste Mittel der Anti-Gender-Bewegungen ist ihre neue Sprache. Geht man mit der abstrakten Kategorie „Gender“ dagegen vor, könnte das auf Dauer mehr zerstören als helfen, denn die Anti-Gender-Gruppen greifen gerade dieses abstrakte Rahmenwerk der neoliberalen Demokratie an. Der unkritische Gebrauch von „Gender Mainstreaming“, „Gender Budgeting“ und anderen Politiken, die in das neoliberale System eingebettet sind, kann sogar verhindern, dass Alternativen und eine angemessene Sprache für die heutigen Probleme gefunden werden.

Die wirklich neue Herausforderung: Niemals seit Ende des Zweiten Weltkriegs haben Anti-Modernist_innen so viele Stimmen bei demokratischen Wahlen erhalten und wurden als tatsächliche Alternative gesehen. Die extreme Rechte ist im Aufwind und der „von ihnen sogenannte Anti-Genderismus“ ist ein symbolischer Klebstoff. Die progressiven Kräfte müssen Alternativen finden. Einige mögliche Alternativen – Konfliktlinien erkennen, Dialoge führen, offensives Agieren (statt nur reagieren), tatsächliche Antworten geben, die Sprache der Menschen sprechen – wurden in diesem Beitrag benannt. Progressive Akteur_innen haben keine Zeit zu verlieren.

*Übersetzung und Redigat: HEIDE OESTREICH
Koredigat: ESZTER KOVÁTS, FES Ungarn*

Literatur

- W. Grzebalska (2016): „Why the war on ‘gender ideology’ matters – and not just to feminists. Anti-genderism and the crisis of neoliberal democracy“. (<http://bit.ly/28L4Zj9>)
- Heinrich-Böll-Stiftung (2015): *Anti-Gender Movements on the Rise? Strategising for Gender Equality in Central and Eastern Europe*. Berlin. (<http://bit.ly/28Jy67c>)
- E. Korolczuk (2014): „‘The War on Gender’ from a transnational perspective: Lessons for a feminist strategizing“. Heinrich-Böll-Stiftung 2014, (<http://bit.ly/28J1BP>)
- E. Kováts (2015): *Love and Politics*. Hrsg. Friedrich-Ebert-Stiftung Budapest. Preface. 5-14. (<http://bit.ly/29lCuRr>)
- E. Kováts, M. Põim (2015): *Gender as symbolic glue*. Hrsg. Foundation of European Progressive Studies (FEPS) und Friedrich-Ebert-Stiftung Budapest. (<http://bit.ly/1VQY5dT>)
- E. Kováts, A. Pető (2017): „The anti-gender discourse in Hungary: a ‘no case’?“ In: Roman Kuhar, David Paternotte (Hrsg.): *Anti-Gender Campaigns in Europe: Religious and Political Mobilizations against Equality*. Rowman & Littlefield (im Erscheinen).
- R. Kuhar (2014): „Playing with science: Sexual citizenship and the Roman Catholic Church counter-narratives in Slovenia and Croatia“. *Women's Studies International Forum* 49.
- G. Marschütz (2014): „Trojanisches Pferd Gender? Theologische Anmerkungen zur jüngeren Genderdebatte im katholischen Bereich“. In: Kerstin Schlögl-Flierl, Gunter M. Prüller-Jagenteufel (Hrsg.): *Aus Liebe zu Gott – im Dienst an den Menschen: Spirituelle, pastorale und ökumenische Dimensionen der Moraltheologie*. Münster. 433-456.
- D. Paternotte (2014): „Christian Trouble: The Catholic Church and the Subversion of Gender“. 2014. (<http://bit.ly/28JdQnx>)
- A. Pető (2015a): „‘Anti-gender’ mobilizational discourse of conservative and far right parties as a challenge for progressive politics“. In: Eszter Kováts, Maari Põim: *Gender as symbolic glue*. Hrsg. Foundation of European Progressive Studies (FEPS) und Friedrich-Ebert-Stiftung Budapest. 126-132. (<http://bit.ly/1VQY5dT>)
- A. Pető (2015b): „Gender equality as re-enchantment: Political mobilization times of ‘neo-patriarchal neoliberalism’ and possibilities of bipartisan dialogue“. In: Maari Põim, Judit Tánzos: *Woman Up! 2. A Transatlantic Dialogue*. Hrsg. Foundation for European Progressive Studies. 139-145. (<http://bit.ly/28JdSvV>)
- A. Pető (2016): „Challenges for Gender Studies amidst the Surge in Anti-Gender Movements“, *AWSS*, Volume 5, Issue 1; June 2016. (<http://bit.ly/29xMrU2>)
- A. Pető, Z. Vasali (2014): „The ‘laboratory’ called Hungary: A challenge for understanding protest movements“. *openDemocracy* 20.1.2014. (<http://bit.ly/28IABFq>)
- N. Yuval-Davis (1999): „What is ‘transversal politics’?“ In: *Soundings* 12. 94-98. (<http://bit.ly/28Jpo6W>)

RÜCKBLICK

- 53** Das weibliche Gesicht der Arbeit
- 57** Auf dem Gender-Bötchen
- 63** Because it's 2015
- 69** Islamischer Feminismus
- 75** Starke Frauen für eine starke Welt
- 79** Vereinbarkeit zwischen Wunsch und Realität
- 87** Homosexualität und Transgender in Argentinien
- 93** Von Diversität zu Solidarität
- 97** Von Liebe, Neoliberalismus und Feminismus



Bild 1: Eine arbeitssuchende Frau aus der Weimarer Republik bietet auf der Straße ihre Arbeitskraft an.

Bild 2: Die Fotos verdeutlichen den Besucher_innen die Komplexität und Diversität des weiblichen Gesichts der Arbeit.

Bild 3: Auch schwere körperliche Arbeit wurde von Frauen geleistet - die Not kannte kein Geschlecht.

Fotos: Archiv der sozialen Demokratie der FES

DAS WEIBLICHE GESICHT DER ARBEIT

Arbeit war und ist ein zentrales Feld feministischer Kämpfe. Jedes Jahr im März, dem traditionellen „Frauenkampfmonat“, ist sie erneut Gegenstand feministischer Forderungen.

Die Aufwertung „klassischer“ Frauenberufe, Entgeltgleichheit oder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – die Gleichstellung in der Arbeitswelt ist noch lange nicht erreicht. Unser heutiger Arbeitsbegriff ist immer noch stark von der fordistischen Industriewirtschaft und der damit einhergehenden geschlechterbezogenen Arbeitstrennung geprägt. Dass es Arbeit von Frauen schon immer gab und sie sich vielfältiger gestaltet hat, als es die gängigen Geschlechterstereotypen glauben lassen, gerät dabei oft in Vergessenheit.

Das Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) zeigte im März die Ausstellung „Das weibliche Gesicht der Arbeit“ in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin. In sechsendreißig historischen Fotografien wird der historische Wandel der Arbeitswelt beschrieben: Die Aufnahmen reichen von 1925 bis in das Jahr 1980 und zeigen für diese Zeitspanne sowohl stereotype Frauenberufe als auch bemerkenswerte Ausnahmen, prekäre Arbeiterinnen ebenso wie die Ärztin oder die Bauleiterin – sie verdeutlichen den Besucher_innen damit die ganze Komplexität und Diversität des weiblichen Gesichts der Arbeit.

Wandel schwarz auf weiß

Die Fotografien der Arbeiterinnen sind ein wichtiger Beitrag, um die weibliche Erfahrung in die Geschichtsschreibung einzuschließen und die oft nur an der männlichen Lebensrealität ausgerichtete Sozialgeschichte dadurch umfassender und aussagekräftiger zu machen. Das Foto einer arbeitssuchenden Frau aus der Weimarer Republik, die auf der Straße ihre Arbeitskraft anbietet, bildet ab, dass auch Frauen von der prekären Wirtschaftslage damals betroffen waren. Eine Aufnahme von 1925 zeigt eine von Armut gezeichnete alte Frau, die einen riesigen Korb mit schwerer Ware zu ihren Kund_innen trägt. Die Not damals kannte kein Geschlecht und zwang Frauen der Arbeiterklasse genauso wie Männer zu schwerer körperlicher Arbeit.

Viele Bilder zeigen typische Frauenberufe und damit die visuelle Inszenierung von Weiblichkeit – vor allem die Fotografien aus den 1950er und 1960er Jahren entsprechen in ihrer Darstellung der Arbeiterin gängigen Geschlechterstereotypen. Da gibt es zum Beispiel das Porträt einer Hebamme, die in ihrer Uniform mit zwei Säuglingen im Arm als personifizierte Mütterlichkeit und als regelrechte Allegorie aller weiblichen Tugenden

erscheint. Neben den Fotos dieser „typischen Frauenberufe“, wie dem der Stewardess oder der Sekretärin, gibt es jedoch auch immer wieder Bilder, die diese Klischees herausfordern und die Besucher_in möglicherweise irritieren: Wie selbstverständlich steht eine Bauleiterin bereits in den 1950er Jahren auf der Baustelle und gibt ihre Anweisungen, und mit derselben Selbstverständlichkeit schraubt auch eine Gas- und Wasserinstallateurin an einer Leitung.

Die soziale Klassenzugehörigkeit scheint bei der Berufswahl oft entscheidender gewesen zu sein als das Geschlecht. In der Nachkriegszeit ist dann jedoch eine Retraditionalisierung und eine wachsende Bedeutung der Kategorie „Geschlecht“ zu beobachten, die sich auch in den Porträts der Arbeiterinnen niederschlägt: Bestimmt noch zehn Jahre zuvor die Trümmerrfrau im Overall das Bild weiblicher Arbeit, sind es in den 1950er Jahren die betont weiblichen Sekretärinnen und Krankenschwestern.

Die Ausstellung trägt mit ihren Fotografien dazu bei, die Geschichte der Arbeit um weibliche Gesichter zu ergänzen, und verdeutlicht dabei sehr eindrücklich, wie vielfältig und divers die Arbeit von Frauen im 20. Jahrhundert war. Sie macht das Publikum außerdem auf die wichtige Arbeit des Archivs der sozialen Demokratie aufmerksam: Die Fotos der Ausstellung sind in der stetig wachsenden Datenbank öffentlich zugänglich – zurzeit sind rund 250 000 der etwa vier Millionen Fotografien aus dem Archiv digitalisiert. In der Datenbank stehen zudem zahlreiche frauenpolitische Plakate von 1914 bis zur Wende 1989 zum kostenlosen Download bereit – eindrückliche Abbilder damaliger Geschlechterverhältnisse wie auch emanzipatorischer Kämpfe.

Die Ausstellung „Das weibliche Gesicht der Arbeit“ war vom 8. bis 17. März 2016 in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin zu sehen.

Autorin: DEBORAH OLIVEIRA

Zulieferung von: GABRIELE LUTTERBECK, Archiv der sozialen Demokratie der FES



Layout: Tomasz Schlett

AUF DEM GENDER-BÖTCHEN

Gemeinsam. Zusammen. Leben.
Menschen vernetzen sich beim 6. Barcamp
Frauen in Berlin.

Katharina sitzt vor einem Laib Brot. Sie ist der Computer – und wir müssen die Befehle finden, die den Computer dazu bringen, eine Scheibe abzuschneiden und zu bestreichen. Mal nimmt sie das falsche Messer, mal vergessen wir zu sagen, dass sie das Brot beim Schneiden auch festhalten muss. Es sieht vielleicht nicht so aus, aber wir lernen gerade zu programmieren.

Der Basiskurs „Programmieren“ ist nur eine der Sessions auf dem 6. Barcamp Frauen, das von der Friedrich-Ebert-Stiftung maßgeblich unterstützt wird. Am 12. März versammeln sich etwa 350 Menschen unter dem Motto „Gemeinsam. Zusammen. Leben.“ Sie besuchen verschiedene Miniworkshops, Sessions genannt, wie unsere: Wir lernen die Wenn-dann-Befehle, die Wiederholungsbefehle und Variablen: wenn Hunger, dann Brot. Dreißig Teilnehmer_innen: dreißigmal wiederholen. Und die Variablen: Welches Messer soll ich nehmen? So einfach ist das.

Warum sollten Frauen programmieren lernen? „Damit wir nicht so alleine sind“, sagt Malwine, die den Kurs zusammen mit Katharina anbietet. Gefühlte 95 Prozent ihrer Kolleg_innen sind Männer. Die oft nicht das beste Verhältnis zum weiblichen Geschlecht haben. „Es gibt Sexismus“, erklärt Malwine knapp.

Wie sind Katharina und Malwine, die heute beide bei DaWanda, der Verkaufsplattform für Selbstgemachtes, arbeiten, Programmierinnen geworden? Katharina blickt recht schonungslos zurück: „Der Nerdway. Ich hatte keine Freunde. Und was macht man dann? Man hängt vor dem Computer.“ Und Malwine: „Wenn man in meiner Schule Informatik machte, dann konnte man Chemie und Physik abwählen.“ Und nun im Ernst: Warum sollten Frauen sich für das Programmieren erwärmen? Man lernt, logisch zu denken und systematisch Probleme zu lösen, meinen die beiden. Man ist nicht mehr abhängig vom nächsten Computernerd. Man kann sich selbst Werkzeuge basteln. Und: Man kann damit Geld verdienen – und zwar viel. Schon Webdesigner, die gut im Geschäft sind, tragen bis zu 8 000 Euro nach Hause, meint Malwine. Da horchen alle auf.

Pause. Alles trifft sich im großen zentralen Raum der Kalkscheune, einem Veranstaltungsort in Berlin-Mitte. Nicht mal 20 von den 350 Teilnehmer_innen sind Männer. Die Altersgruppe von 20 bis 40 ist am stärksten vertreten, viele haben, wie sich bei den Sessions herausstellt, mit Gender Studies zu tun gehabt, manche sind einfach so Feminist_innen und Interessierte.



*Gute Stimmung in der Kalkscheune. Rund 350 Teilnehmer_innen sind dabei.
Foto: Anne Koch*

23 Sessions werden angeboten, jede dauert eine Stunde, man tagt parallel in acht Räumen. Die Sessions decken ein weites Spektrum ab: von Unterstützungsmöglichkeiten für geflüchtete Frauen, feministische Ökonomie oder das Prostituiertenschutzgesetz bis zu Schönheitsidealen. Charakteristisch für das Barcamp, das zum sechsten Mal stattfindet, sind die Sessions mit Praxisbezug: Wie verhandle ich ein besseres Gehalt? Was für eine Körpersprache hilft mir weiter? Wie gehe ich mit verhassten Kolleg_innen um? Oder eben der Basiskurs Programmieren.

Nicht nur über, sondern mit ...

Ein dunkler Gong ruft zur nächsten Session auf: Geflüchtete Frauen. Sara und Intessar aus Syrien berichten von ihrer Flucht. Sie sind über Griechenland und die Balkanroute gekommen. Beide erzählen von untauglichen Booten, die sie zum Glück nur bis zur nächsten griechischen Insel bringen mussten. Sara war als Leistungsschwimmerin um einiges besser dran als Intessar, die gar nicht schwimmen kann. Als Saras Boot zu sinken drohte, sind alle, die schwimmen konnten, rausgesprungen, um es leichter zu machen. Dreieinhalb Stunden war sie im Wasser. Sie zeigt Fotos herum von ihrer Flucht und die konterkarieren die Mühsal und Unsicherheit ihrer Reise: fröhliche junge Menschen vor Zelten, es sieht aus wie eine Ferienreise.



Kein Barcamp ohne Sessionleiter_innen! Rauf auf die Bühne, Themen vorstellen!
Foto: Anne Koch

Das haben Diana und Christiane, die den Workshop anbieten, uns klar machen wollen: Es ist nicht alles immer nur Horror. Die beiden kommen vom Verein „Moabit hilft“. Moabit ist der Bezirk, in dem das berühmte Landesamt für Gesundheit und Soziales, das Lageso, liegt. 15 Tage hat Intessar vor dem Lageso gewartet, um registriert zu werden. Diana und Christiane berichten, wie es ist, wenn man gerade geflüchtete Frauen unterstützen will. Jede hat ihr Schicksal. Sie sind vielleicht krank oder haben eine Behinderung, sie kommen mit oder ohne Kinder und Familie, kommen vielleicht als Geschwister, sind vielleicht homosexuell – jede Geschichte ist anders. Eines aber bleibt gleich: Sie sind als Frauen sexuellen Übergriffen und Erpressungen ausgesetzt. Grenzübertritt, Schmuggel, Schleusung gegen Sex – das sei leider keine Seltenheit, sagt Christiane.

Ist jemand traumatisiert und kann deshalb die benötigten Informationen für den Asylantrag nicht liefern? Wie kann man wieder mit seinen Geschwistern zusammenkommen, die in andere Bundesländer verteilt wurden? Wie kann eine Mutter einen Deutschkurs machen, wenn sie keine Betreuung für ihre Kinder findet? Lesben trauen sich nicht, sich zu outen, weil der Übersetzer das ja weitererzählen könnte. Haufenweise Probleme – aber eben auch Menschen, die sie meistern, wie Intessar und Sara, die keinerlei Opferklischee erfüllen, sondern ihre Flucht souverän gemanagt haben.

Genderkrise?

Gong. Kaffeepause. Die Kolleginnen erzählen, wie es beim „Stinkstiefel“-Workshop war und bei den Prostituierten. Babys werden geschuckelt, das Klo wird gesucht, Kuchen gegessen. Und eine letzte Runde: Der Videokolumnist Tarik stellt „Tariks Genderkrise“ vor. Tarik ist „nicht hetero, nicht weiß und auch nicht bürgerlich“, weshalb er im deutschen Medienmainstream nur als Randfigur vorkommt. „Ich will aber in den Mainstream“, hat der junge Mann aus Recklinghausen beschlossen – und da er ein bisschen Medienwissenschaften und ein bisschen Gender Studies studiert hat, erstellte er ein Videoblog: „Tariks Genderkrise“, und damit möchte er „Menschen über den Humor mit aufs Gender-Bötchen kriegen“. Einer seiner Kurzfilme ist Birgit Kelle gewidmet, der konservativen Publizistin, die „so ziemlich auf der anderen Seite rumpaddelt“. Er liest aus ihrem Buch „Gender-Gaga“ vor und bittet Schmoll-Gitti, doch bitte etwas Genderlove in ihr Gagaherz zu lassen.

Tarik trifft den wunden Punkt der Gendernaut_innen: Wie kann man dieses extrem komplizierte Gender gegen die böswilligen Vereinfacher_innen und Verdreher_innen verteidigen? „Ich bin nicht so megawissenschaftlich“, versucht es Tarik. Aus der Runde werden die Herausforderungen benannt: dass man ja Gender eigentlich auflösen will, dann aber im Alltag etwa als Gleichstellungsbeauftragte genau diese Zweiteilung immer wieder herstellen muss, um Diskriminierungen zu benennen. Und wie soll man das den anderen erklären, die ja sogar wieder meinen, es gebe doch gar keine Ungleichheiten mehr?

Tarik steht mit seinem Versuch im Mainstream zu landen noch am Anfang. Die Antwort lautet in der Regel: Das ist ein Nischenthema, das interessiert nur ein paar Frauen und Homosexuelle. Wenn die sich da mal nicht täuschen. Das Barcamp machte jedenfalls einen deutlich anderen Eindruck.

Autorin: HEIDE OESTREICH



Der kanadische Premierminister Justin Trudeau hat sein Kabinett zur Hälfte mit Frauen besetzt: Platz 4 der internationalen Rangliste der Länder, die den höchsten Prozentsatz an Frauen in Minister_innenämtern haben. Foto: Reuters

BECAUSE IT'S 2015

Oder warum ein Kabinett, das zur Hälfte aus Frauen besteht, nur der Anfang sein kann.

„Because it's 2015“ – mit diesen knappen Worten begründete der neu gewählte kanadische Premierminister Justin Trudeau, warum er sein Kabinett zur Hälfte mit Frauen besetzt hat. Dieser Schritt, eines der Wahlversprechen der liberalen Partei Kanadas, zog internationale Aufmerksamkeit auf sich. Kanada darf sich nun stolz auf Platz 4 der internationalen Rangliste der Länder sehen, die den höchsten Prozentsatz an Frauen in Minister_innenämtern haben – ein deutlicher Sprung nach vorn von Platz 20 unter der konservativen Vorgängerregierung.

Mehr als die klassischen Ressorts

Dies ist in der Tat ein wichtiger Schritt. Zwar gibt es kritische Stimmen, die anmerken, dass die traditionell als besonders wichtig erachteten Ressorts wie Außenministerium, Finanzministerium und Innenministerium weiterhin in Männerhand liegen. Andererseits verwalten aber die Ministerinnen in Trudeaus Kabinett nicht „nur“ die Bereiche Kultur, Familie oder Sport: Mit Chrystia Freeland (Internationaler Handel), Catherine McKenna (Umwelt und Klimawandel) und Jody Wilson-Raybould (Justiz), um nur einige zu nennen, finden sich hoch kompetente Politikerinnen in zentralen Positionen.

Trudeaus Regierung ist im Übrigen nicht das erste „gender balanced cabinet“, das Kanada vorzuweisen hat. Auf Ebene der kanadischen Provinzen, die mit den deutschen Bundesländern zu vergleichen sind, gab es bereits vor knapp zehn Jahren in Quebec ein Kabinett, das zur Hälfte aus Frauen bestand. In der amtierenden sozialdemokratischen Regierung der Provinz Alberta unter Ministerpräsidentin Rachel Notley gibt es sogar mehr Ministerinnen als Minister.

Gewählt werden kann nur, wer aufgestellt ist

Wirklich zu kritisieren – und bei all der glücklichen Aufregung nicht zu vergessen – ist indes die Zusammensetzung des Parlaments. Nur 88 der 338 Abgeordneten sind Frauen. Das sind lediglich 26 Prozent und somit nur ein Prozentpunkt mehr als vor der Wahl von 2015. Der Schnitt wird nicht etwa von den Oppositionsparteien gedrückt. Nur 27 Prozent der liberalen Abgeordneten sind weiblich. Die sozialdemokratische NDP musste bei der Wahl zwar herbe Verluste hinnehmen, kann sich aber zugutehalten, dass 41 Prozent ihrer Abgeordneten Frauen sind.

Die geringe Zahl weiblicher Abgeordneter spiegelt sich auch in der Besetzung der Parlamentsausschüsse wider. Das kanadische Parlament hat 24 Ausschüsse mit je zehn Mitgliedern. Die Ausschüsse spielen eine zentrale Rolle in der kanadischen Demokratie. So haben sie eine wichtige Funktion im Gesetzgebungsprozess und sie prüfen die Ausgaben der Ministerien. Dreiviertel der Ausschüsse sind mit zwei oder weniger Frauen besetzt. Es gibt sogar zwei Ausschüsse, in denen ausschließlich männliche Abgeordnete sitzen: „Datenschutz“ sowie „Industrie, Wissenschaft und Technologie“.

Ein wichtiger Grund für die katastrophal niedrige Repräsentation weiblicher Abgeordneter im kanadischen Parlament liegt darin, dass Frauen in dem Mehrheitswahlsystem des Landes von keiner der Parteien ausreichend zur Wahl aufgestellt wurden. Nur 33 Prozent aller aufgestellten Kandidat_innen waren weiblich: Unter den großen Parteien waren es 20 Prozent bei den Konservativen, 31 Prozent bei den Liberalen und 43 Prozent bei der NDP. Nicht wirklich überraschend spiegelt sich die geringe Möglichkeit, Frauen zu wählen, in den Ergebnissen wider.

| | Alle Parteien (inkl. kleiner Parteien) | Konservative | Liberalen | NDP |
|-----------------------------|--|--------------|-----------|-----|
| Aufgestellte Frauen in % | 33% | 20% | 31% | 43% |
| Gewählte Frauen in % | 26% | 17% | 27% | 41% |

Aufgestellte und gewählte Frauen bei den kanadischen Parlamentswahlen im Oktober 2015

Es zeigt sich deutlich – und ist keine erstaunliche Erkenntnis –, dass Frauen nur dann gewählt werden können, wenn sie zur Wahl aufgestellt werden. Hier können sich alle kanadischen Parteien bei der nächsten Wahl 2019 deutlich verbessern – „because you can't be what you don't see“.

Nicht nur Kanada

Auch in anderen Teilen der Welt diskutiert man über die Repräsentation weiblicher Politikerinnen. Hillary Clinton hat angekündigt, dass sie – im Falle

ihrer Wahl zur Präsidentin der USA – die Hälfte aller Minister_innenposten mit Frauen besetzen wird. Das „Because it's 2015“ von Trudeau entwickelt sich also weiter.

Und auch die lokalen Wahlen in Albanien im Juni 2015 waren wegweisend. Diverse Reformvorhaben wurden umgesetzt. Man verständigte sich unter anderem auf eine Geschlechterquote von 50 Prozent für die Kandidat_innenlisten zur Stadtratswahl. Selbst wenn letztlich nur 35 Prozent der Gewählten Frauen waren, ist ein deutlicher Fortschritt zu sehen. Aufgrund des gestiegenen Bedarfs wollen das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tirana und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) gemeinsam Kompetenztrainings für diese Frauen anbieten, um sie in ihrer neuen Rolle zu unterstützen. So sollen sie als politische Führungskräfte auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene handlungsfähig werden. Bereits 2015 hat eine dreitägige Sommerschule stattgefunden.

Die Frage nach dem Umgang mit tief verwurzelten Stereotypen treibt auch die progressiven Kräfte in Georgien um. Frauen sind kaum in politischen Spitzenpositionen vertreten – lediglich 17 von 150 Parlamentsabgeordneten sind weiblich. Auf lokaler Ebene, wie in den Entscheidungsgremien der Kommunen und in den ländlichen Selbstverwaltungen, ist der Anteil noch niedriger. Neben der aktiven Förderung von Frauen durch Wissensvermittlung und Motivationstraining, muss auch Stereotypen entgegengewirkt werden, die eine geschlechtergerechte Gesellschaft verhindern. Hier engagieren sich die Jungen Sozialisten Georgiens mit Unterstützung der FES, indem vor allem bei jungen Menschen ein Bewusstsein geschaffen wird.

Um zu gewährleisten, dass die Beteiligung von Frauen an politischen (aber auch wirtschaftlichen und sozialen) Entwicklungsprozessen und bei Gremienbesetzungen erhöht wird, bedarf es struktureller Voraussetzungen, deren Aufbau von progressiven Kräften aufmerksam begleitet werden muss.

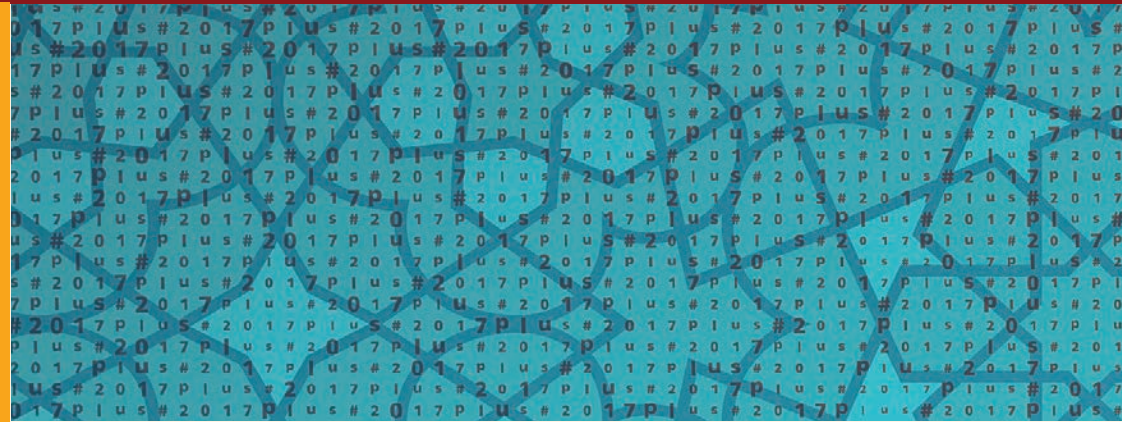
Autorinnen:

JULIA HURRELMANN, FES Kanada

REZARTA AJAZAJ, FES Albanien

IRINA SEPERTELADZE, FES Georgien

SARAH VESPERMANN, FES Berlin



Layout: Andrea Schmidt

ISLAMISCHER FEMINISMUS

Sind denn Islam und Feminismus überhaupt kompatibel, schließen sie sich nicht eher gegenseitig aus? Eine solche kritisch-skeptische Haltung beruht meist auf der Annahme, der Islam sei per se eine frauenfeindliche und anti-emanzipatorische Religion.

Dieses Vorurteil wird genährt durch die mediale Darstellung patriarchaler Muslime und ihrer Unterdrückung von Frauen. In den emotional und hitzig geführten Debatten um das Kopftuch ist sichtbar geworden, dass viele Feminist_innen diese Einstellung ebenfalls teilen.

Viele Islamkritiker_innen behaupten, für die unterdrückten Frauen zu sprechen, und bewegen sich dabei zwischen legitimer Kritik und ungefragter Vereinnahmung von Frauenrechten für den eigenen Zweck. Vor allem nach den Übergriffen auf Frauen in der Silvesternacht 2015/2016 wurde die schon immer problematische Debatte um das Verhältnis von Islam und Gleichberechtigung besonders virulent.

Dabei besteht bei islamischen Feminist_innen Einigkeit darüber, dass Frauen nicht befreit werden müssen: Es gibt einen Feminismus, der aus dem Islam selbst hervorgeht, und es gibt eine lange islamische Tradition des Kampfes um Frauenrechte. Dieser Feminismus bewegt sich jedoch in einem ständigen Spannungsfeld – einerseits wird ihm von westlichen Feminist_innen häufig jegliche Legitimität abgesprochen, andererseits sehen islamische Akteur_innen in ihm oft ein westliches, anti-islamisches Projekt. Islamische Feminist_innen sind daher oftmals einem zweifachen Rechtsfertigungsdruck ausgesetzt.

Über nationale Grenzen hinweg

Vor diesem Hintergrund bot die Friedrich-Ebert-Stiftung islamischen Feminist_innen Raum, sich über nationale Grenzen hinweg auszutauschen und über die Inhalte und Ausprägungen eines islamischen Feminismus zu sprechen. Die Tagung „Islamischer Feminismus – Internationale Annäherungen“ wurde von der FES in Zusammenarbeit mit dem Aktionsbündnis muslimischer Frauen (AmF) und der Aktivistin Kübra Gümüşay konzipiert und gewährte vertiefte Einblicke in verschiedene Einwanderungsländer und ihre jeweiligen Debatten. Die Rednerinnen aus Belgien, Frankreich und den USA machten deutlich, wie divers der Islam und auch die Geschlechterbilder im Islam sind. Die spezifischen kulturellen und politischen Bedingungen der jeweiligen Länder tragen hier zur Komplexität der Situation bei.

In den Fachforen berichteten die Referentinnen von der aktuellen gesellschaftlichen Realität muslimischer Frauen in ihren Ländern. Dabei zeigte sich, dass sich die Debatte um das Kopftuch wie ein roter Faden durch



Appell der FES-Tagung im Februar 2016: Innerislamische Vielfalt anerkennen, gegen Stereotype angehen. Foto: plainpicture

alle Einwanderungsgesellschaften zieht, an der sich viel über die gesellschaftliche Stellung des Islams im jeweiligen Land ablesen lässt. Hanane Karimi von der Universität Straßburg zeigte in ihrem Beitrag, wie das Prinzip der *laïcité* – also des Laizismus: der strikten Trennung von Religion und Staat – zu einer Stigmatisierung französischer Muslime und besonders französischer Musliminnen führt: Das im Jahr 2004 beschlossene Kopftuchverbot in öffentlichen Einrichtungen – darunter Schulen und Universitäten – läuft auf einen Ausschluss vieler Musliminnen aus dem öffentlichen Leben hinaus. Entgegen dem Ziel, die angeblich unterdrückte kopftuchtragende Frau zu befreien, hat dieses Verbot eine massive Einschränkung der Handlungsmöglichkeiten vieler französischer Musliminnen zur Folge. Ganz anders ist die Situation in Belgien, wie Dr. Malika Hamidi vom European Muslim Network in ihrem Diskussionsforum erklärte: Selbst im Parlament darf eine Politikerin Kopftuch tragen – es ist also dort eine Selbstverständlichkeit.

In den USA wiederum ist das Tragen des Kopftuchs von der Verfassung geschützt, wie Hind Makki vom Blog Side Entrance berichtete. Side Entrance ist ein gutes Beispiel für islamisch-feministischen Aktivismus: Musliminnen aus ganz Amerika schicken Fotos dorthin von Frauengebetsräumen in Moscheen, deren Dürftigkeit für sie ein Ausdruck der geringen Wertschätzung von Frauen in ihrer religiösen Gemeinschaft ist. Sie wirken so darauf hin, gleichwertige Teilhabe von Frauen und eine bessere Inklusion in die muslimischen Gemeinschaften zu erreichen.

Bildung als zentrale Strategie für Gleichberechtigung

Trotz der unterschiedlichen Lebensrealitäten versuchten die Gäste, eine Antwort auf die Frage zu finden, was unter einem „islamischen Feminismus“ zu verstehen ist und wie Gleichberechtigung im Islam aussehen kann. Anse Tamara Gray, die Gründerin von rabat.org und Wissenschaftlerin an der University of St. Thomas in den USA, erläuterte in ihrem Einführungsvortrag einige zentrale Konzepte eines religiös begründeten islamischen Feminismus, über die auf der Tagung große Einigkeit bestand. Die Konzepte gehen von dem Wunsch vieler Musliminnen aus, feministische Positionen zu vertreten und diese gleichzeitig auf eine islamische, theologische Basis zu stellen.

Gray begründet die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern aus den religiösen Quellen Koran und Hadith und kommt zu dem Schluss, dass also nicht der Islam als Religion einer Gleichberechtigung der Geschlechter im Weg stehe, sondern Krieg, Armut, kulturelle Lebensweisen sowie die oft reflexartige Ablehnung aller mit „dem Westen“ in Verbindung gebrachten Konzepte. Zentrale Strategie zur Emanzipation und Befähigung muslimischer Frauen sei dabei die Bildung: Frauen sollten Arabisch lernen und dadurch den Koran selbst lesen können. So sind sie nicht mehr auf die Überlieferungen von Männern angewiesen und können frauenfeindliche Lebensweisen als unislamisch zurückweisen. Auch die finanzielle Unabhängigkeit ist aus der Sicht von Anse Tamara Gray ein zentrales Element, damit Frauen eigenständige Entscheidungen treffen und sich etwa aus gewaltvollen Beziehungen befreien können.

Die Tagung endete mit einem Appell für die Zukunft des islamischen Feminismus: Ziel sei es, innerislamische Vielfalt anzuerkennen, gegen Stereotype anzugehen und sich gemeinsam mit anderen Feminist_innen für Gleichberechtigung einzusetzen. Dies sei vor allem mit Blick auf die Situation geflüchteter Frauen und die wachsende Zahl muslimischer Frauen in Deutschland aktuell wichtig. In eine ähnliche Richtung zielt der am Schluss geäußerte Wunsch, es müsse auch in Bezug auf islamischen Feminismus intersektional gedacht werden, um der Diversität von Musliminnen hierzulande gerecht zu werden.

Der islamische Feminismus mit Blick auf die Situation in Deutschland war ebenfalls Thema des FES-Diskussionsforums am 25. Mai 2016. Im Herbst folgt eine Veranstaltung, die sich dem islamischen Feminismus im Nahen und Mittleren Osten widmet. Die FES-Publikation „Islamic Feminism – A Contradiction in Terms?“ (<http://bit.ly/28lpRXI>) schildert außerdem die Diskussion zum Thema in Indien.

Autorin: DEBORAH OLIVEIRA



Bettina Metz-Rolshausen, Geschäftsführerin des Nationalen Komitees Deutschland von UN Women: Verbesserung der Gleichstellung von Mann und Frau – aber noch lange nicht am Ziel.

Foto: Karina Heßland

STARKE FRAUEN FÜR EINE STARKE WELT

20 Jahre nach der bislang letzten UN-Weltfrauenkonferenz in Peking sind die damals aufgestellten Forderungen, wie die Förderung der Geschlechtergleichstellung in allen Bereichen der Gesellschaft, der Schutz der Rechte der Frauen, die Bekämpfung der Armut von und Gewalt gegen Frauen und der Abbau geschlechtsspezifischer Ungleichheiten in der Gesundheitsversorgung und im Bildungssystem bis heute hochaktuell.

Zum 20-jährigen Jubiläum der Peking Konferenz veranstaltete das Landesbüro Thüringen der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) am 9. November 2015 eine Fachtagung unter dem Motto „Starke Frauen für eine starke Welt – 20 Jahre UN-Frauenkonferenz Peking“. Die Geschäftsführerin des Nationalen Komitees Deutschland von UN Women, Bettina Metz-Rolshausen, eine der Kooperationspartner_innen der Konferenz, stellte eine deutliche Verbesserung der Gleichstellung von Mann und Frau fest, die jedoch noch weit von den 1995 vereinbarten Zielen entfernt ist. Das sagte auch Brigitte Triems, die selbst Teilnehmerin der Konferenz in Peking war: Der Druck und die Aufmerksamkeit, die von der Konferenz auf die Weltöffentlichkeit ausgingen, hätten die gleichstellungspolitische Debatte enorm in Bewegung versetzt, wenn auch noch viel Verbesserungspotenzial bestehe. Dies trat besonders in den zwei Panels der Tagung – „Gewalt gegen Frauen“ sowie „Frauen und Wissenschaft“ – zutage.

Wo setzen wir an?

In den EU-Mitgliedstaaten ist 2014 jede dritte Frau mindestens einmal Opfer von häuslicher und/oder sexueller Gewalt gewesen. Die Diskussions Teilnehmer_innen des ersten Panels waren sich einig, dass sowohl in Europa insgesamt als auch in Deutschland und Thüringen das Angebot an Frauenhäusern und Beratungsstellen für Frauen dringend weiter ausgebaut werden muss. Eine härtere Verfolgung und Bestrafung der Täter habe zwar einige Wirkung gezeigt, doch der Fokus müsse nun vor allem auf Prävention, Sensibilisierung der Behörden und Hilfe für die Opfer gelegt werden. In diesem Sinne wurde auch eine bessere Zusammenarbeit der Aktivist_innen untereinander gefordert, um mit gebündelten Kräften auf die Problematik aufmerksam zu machen.

Das zweite Panel widmete sich anschließend der Frage, warum trotz der hohen Zahl von Abiturientinnen und Studentinnen so wenige Frauen in der Wissenschaft tätig sind. Prof. Dr. Dorothee Haroske, Gleichstellungsbeauftragte der Friedrich-Schiller-Universität Jena, sieht die Schuld und Pflicht bei den Hochschulleitungen: Sie wälzen diese Fragen oft allein auf die Gleichstellungsbeauftragten ab und stellen zu wenig Zeit und Ressourcen zur Verfügung. Die Bereitschaft zur Gleichstellung von Frauen in der Wissenschaft sei vonseiten der stark männlich geprägten Hochschulleitungen zu gering. Strukturwandel und (finanzielle) Unterstützung durch die Landesregierungen werden hier als Verbesserungsansatz gesehen.

Das Ziel: Eine nachhaltige Gleichstellungspolitik

„Wo packen wir an?“ Hier wurden noch einmal die Schlussfolgerungen und Ergebnisse der Panels diskutiert und in konkrete Lösungsvorschläge verpackt. Dr. Agnes Allroggen-Bedel, stellvertretende Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF), ist enttäuscht, dass der Schwung von Peking nicht zu einer nationalen Aktionsplattform führte – Parität der Geschlechter an Entscheidungstischen in Politik und Wirtschaft seien ein wichtiger Schritt. Ausreichende und dauerhafte Finanzierung wurde einhellig als das Schlüsselkriterium für eine nachhaltige Gleichstellungspolitik genannt. Denn: Wir können uns gar nicht leisten, keine Gleichstellung umzusetzen. Die Thüringer Gleichstellungsbeauftragte Katrin Christ-Eisenwinder sieht mit der ersten rot-rot-grünen Landesregierung in Thüringen eine gute Voraussetzung, um mehr Chancengerechtigkeit der Geschlechter umzusetzen.

Verbündete erreichen, aufstehen, feministische Frauen in Entscheidungspositionen stärken – das waren zentrale Forderungen, die auf der Tagung gestellt wurden.

Autorin: EVA NAGLER, FES Thüringen



Wie können junge Menschen in Bayern politisch unterstützt werden? V.l.n.r.: Carolin Gerling (VISPIRON Engineering GmbH), Prof. Jutta Allmendinger (WZB), Sissi Pitzer (Bayerischer Rundfunk), Natascha Kohnen (BayernSPD). Foto: Magdalena Jooß

VEREINBARKEIT ZWISCHEN WUNSCH UND REALITÄT

Wie sehen die Lebensentwürfe von (jungen) Frauen und Männern und von Familien aus? Wie gestalten sie ihr Leben? Und welche Erwartungen haben sie an die Politik? Diese Fragen sind zentral für die Weiterentwicklung moderner Gesellschaften – in Deutschland und Europa.

Diesen Fragen geht auch die neue Studie des BayernForums der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) von Prof. Jutta Allmendinger, Sophie Krug von Nidda und Vanessa Wintermantel vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) nach. Was zeigt die Studie „Lebensentwürfe junger Frauen und Männer in Bayern“, die im Februar 2016 in München vorgestellt wurde? Die jungen Menschen, Männer wie Frauen, wollen eine eigene Familie mit Kindern. Und sie wollen erwerbstätig sein. Gleichzeitig sehen sie sich vor großen Hürden, wenn sie diesen Lebensentwurf realisieren möchten, und sind gezwungen, entweder bei der Familie oder im Beruf Abstriche zu machen. Die Unvereinbarkeit von Familie und Beruf zieht sich wie ein roter Faden durch die Studie.

Zu ganz ähnlichen Ergebnissen kommt eine Studie vom Forum Politik und Gesellschaft (PuG), die sich mit den Lebensrealitäten und familien- und gleichstellungspolitischen Erwartungen von Frauen zwischen 18 und 40 Jahren befasst. Diese äußern ebenfalls große Ängste mit Blick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und fürchten – soweit sie noch keine Kinder haben – die Retraditionalisierung ihrer Beziehungen und Konflikte mit dem Partner. Und: Sie sehen den Staat in der Verantwortung. Sie fordern Investitionen in qualitativ hochwertige Angebote der Kinderbetreuung und andere staatliche Unterstützungsinstrumente.

Geld gegen Zeit – Zeit gegen Geld

Es sind nach wie vor oft Frauen mit Kindern, die ihre Arbeitszeit reduzieren: „Sie tauschen Geld, das sie auf dem Arbeitsmarkt verdienen würden, gegen Zeit für die Familie“, erklärt Jutta Allmendinger. Verdienstunterschiede nehmen sie in Kauf. Sie wünschen sich ein partnerschaftliches Lebensmodell, das in der Realität aber (noch) nicht umsetzbar zu sein scheint. Bei den Männern hingegen hat über die Hälfte den Eindruck, wegen der Arbeit käme die Familie zu kurz. Trotzdem scheuen die Männer längere Elternzeiten, weil ihnen „Steine in den Weg gelegt werden“, wenn sie länger unterbrechen. So bleiben sie bei ihren Arbeitszeiten und verdienen mehr Geld, sind aber unzufrieden mit ihrer Rolle in der Familie. Damit befänden sich Männer in der Diskussion heute da, „wo Frauen vor 20 Jahren standen“. Beruf und Familie lassen sich noch immer schwer vereinen – in der Realität ist das gewünschte Partnerschaftsmodell also noch lange nicht erreicht.



Unterstützung am Arbeitsplatz ist wichtig. V.l.n.r.: Sally Brett (TUC), Mareike Richter (DGB) und Kristin Linke (FES Berlin) diskutieren, wie bessere Rahmenbedingungen für arbeitende Mütter geschaffen werden können. Foto: Andre Weisser

Familienpolitische Herausforderungen in Deutschland und Europa

Dass besonders auch die Familienpolitik vor großen Herausforderungen steht und die aktuelle Ausgestaltung mitunter an der Lebenswirklichkeit von Familien vorbeigeht, zeigt eine vergleichende Studie der FES London und des britischen Institute for Public Policy Research (IPPR), die Entwicklungen in Deutschland und Großbritannien in den Blick nimmt. In Großbritannien blickt man neidvoll auf das Elternzeitmodell in Deutschland, die britischen Regelungen sind hier weniger umfassend und sehen vor allem eine deutlich niedrigere Lohnersatzleistung vor. Der Ausbau flexibler Arbeitszeitmodelle ist hingegen eine zentrale Forderung von deutschen und britischen Expert_innen. Im europäischen Vergleich zeigen sich also deutliche Unterschiede, aber auch Gemeinsamkeiten im Bereich der Familienpolitik.

Eine internationale Politikanalyse zu familien- und geschlechterpolitischen Diskursen in neun Ländern (Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Österreich, Schweden, Schweiz, Ungarn und den USA) zeigt

ähnliche Befunde. In vielen Ländern wird die Vereinbarkeitsfrage mittlerweile als zentraler Baustein gesehen, um eine stärkere Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen zu forcieren. Allerdings ist es noch ein weiter Weg, um insbesondere für Frauen eine echte Vereinbarkeit zu schaffen. Dabei sind die institutionellen Bedingungen und Ansätze der einzelnen Länder sehr unterschiedlich und offenbaren ein breites Spektrum politischer Instrumente. Ein neues Instrument, das in Deutschland seit einiger Zeit diskutiert wird, könnte Vereinbarkeitsgewinne bringen: Die Studie aus Bayern weist darauf hin, dass die Familienarbeitszeit von 30 Wochenstunden ein erster Schritt in die richtige Richtung ist. Die Digitalisierung birgt bei allen Risiken auch Chancen: Flexiblere Arbeitsmodelle werden hier bereits gelebt. Dies schafft neue Möglichkeiten, um etwa der Teilzeitfalle zu entgehen und im Home Office zu arbeiten.

Wer verdient die Brötchen?

Haben wir es einerseits mit einer immer noch stark „traditionellen“ Zeitverwendung von Frauen und Männern zu tun, zeigt sich in vielen europäischen Haushalten heute allerdings auch eine andere Realität, unter anderem bedingt durch den fortschreitenden Wandel von Lebens- und Familienformen. Ob als alleinerziehende Mütter oder als Hauptverdienerinnen in einem Paarhaushalt – immer mehr Mütter sind die „Breadwinners“ ihrer Familien, sie bringen die sprichwörtlichen Brötchen mit nach Hause.

Aktuell sind 33 Prozent der arbeitenden Mütter in Großbritannien Hauptverdienerinnen ihres Haushalts; in Deutschland sind es 27 Prozent (EU-Durchschnitt 31,4 Prozent; Zahlen für 2013), wie die Londoner Studie zeigt. Sie finden sich nicht selten in Familien mit niedrigem Einkommen, aber die Gruppe der Mütter mit Hochschulabschluss ist ebenfalls stark vertreten. „Maternal Breadwinners“ sind meist nicht mehr ganz jung, haben ältere Kinder im Schulalter und sind überdurchschnittlich oft Angestellte im Dienstleistungs- und öffentlichen Sektor. In beiden Ländern – Deutschland und Großbritannien – stellen Alleinerziehende rund die Hälfte dieser Mütter. Auch dieser Lebenswirklichkeit muss Familienpolitik gerecht werden. Der Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen ist dabei nur eine zentrale Forderung.

Gesellschaftliches Umdenken erforderlich!

Damit allerdings politische Einzelmaßnahmen in diesem Bereich wirksam werden können, bedarf es zunächst eines gesellschaftspolitischen Umdenkens: Erst wenn eine Frau, die bald nach der Geburt ihres Kindes wieder in den Beruf zurückkehrt, nicht mehr als „Rabenmutter“ betrachtet wird, und es für Väter normal ist, Arbeitszeit zugunsten der Familie zu reduzieren und auch mehr als nur zwei Monate Elternzeit hin zu einer Parität zu nehmen, hat das partnerschaftliche Lebensmodell eine Chance. Der Frage, unter welchen Bedingungen Väter ihre Arbeitszeit nach den Elterngeldmonaten reduzieren, widmet sich eine weitere Studie des Forum Politik und Gesellschaft (PuG). Hier müssen Betriebe mit Maßnahmen für ein familienfreundlicheres Klima sorgen.

In die Diskussion in München brachte Prof. Allmendinger auch grundsätzliche Überlegungen zur Lebensarbeitszeit ein: In den letzten 150 Jahren hat die gesunde Lebenszeit zugenommen; dennoch quetsche man noch viel zu viel in die Rushhour des Lebens. Da viele junge Menschen sich zudem eine Arbeitszeit wünschen, die eher vier als fünf Tage in der Woche umfasst, sei es an der Zeit, gesellschaftlich über eine Reduzierung der wöchentlichen Normalarbeitszeit zu diskutieren – nicht nur für Eltern, sondern für alle Arbeitnehmer_innen.

Als Fazit steht fest: Es braucht größere und in sich harmonisierende Hilfestellungen von Staat und Politik, um Partnerschaftlichkeit in Familie und Beruf voranzutreiben – und damit auch mehr Geschlechtergerechtigkeit.

Autor_innen:

ELLEN DIEHL, BayernForum der FES

SILKE BREIMAIER, FES London

JONATHAN MENGE, FES Berlin

SARAH VESPERMANN, FES Berlin

Studie des BayernForums: www.bayernforum.de/publikationen.html

Ansprechpartnerinnen: ANNA-LENA KOSCHIG (Büroleiterin) und ELLEN DIEHL (Gender-Verantwortliche)

Studie der FES London: <http://bit.ly/28JnAdM>

Ansprechpartner_innen: ULRICH STORCK (Büroleiter) und SILKE BREIMAIER (Wissenschaftliche Mitarbeiterin)

Studie des Forum PuG zum Arbeitszeitverhalten von Vätern:

<http://bit.ly/28JkIIQ>

Ansprechpartner_innen: DR. STEFANIE ELIES (Referatsleiterin) und JONATHAN MENGE (Referent)

Studie des Forum PuG zu Lebensrealitäten und familien- und gleichstellungspolitischen Erwartungen von Frauen zwischen 18 und 40 Jahren: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/12633.pdf>

Ansprechpartner_innen: DR. STEFANIE ELIES (Referatsleiterin) und JONATHAN MENGE (Referent)

Internationale Politikanalyse „Auf dem Weg zur Geschlechtergerechtigkeit? Berichte aus Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Österreich, Schweden, Schweiz, Ungarn und USA“: <http://bit.ly/28J3nHN>

Ansprechpartner: DR. MICHAEL BRÖNING (Referatsleiter Internationale Politikanalyse FES)



Esteban Paulón, seit 2010 Präsident der Federación Argentina de Lesbianas, Gays, Bisexuales y Trans – FALGBT. Foto: Christian Sassone

HOMOSEXUALITÄT UND TRANSGENDER IN ARGENTINIEN

**Interview mit Esteban Paulón, seit 2010 Präsident
der Federación Argentina de Lesbianas, Gays,
Bisexuales y Trans – FALGBT**

FES: Die deutsche LGBT-Community blickt beeindruckt nach Argentinien. Homosexualität scheint dort gesellschaftlich weitgehend akzeptiert. Argentinien hatte im Juli 2010 als erster Staat Lateinamerikas die Trauung von gleichgeschlechtlichen Paaren im ganzen Land ermöglicht. Wie ist diese erfreuliche Entwicklung in einem Land zu erklären, wo Homosexuelle in den 1980er oder 1990er Jahren noch verfolgt wurden?

Esteban Paulón: Am wichtigsten war, dass die LGBT-Bewegung in der Krise 2001 zusammen mit anderen sozialen Bewegungen ihre Themen und Forderungen in die politische Agenda einbrachte und so sichtbar wurde. Zudem gab es ein offeneres politisches Klima, als Präsident Kirchner unter Beteiligung der sozialen Bewegungen den „Nationalen Plan gegen Diskriminierung“ erarbeiten ließ und Mitte-links-Parteien (Partido Socialista, Partido GEN, Nuevo Encuentro, Coalición Cívica ARI) das Thema der sexuellen Diversität in ihre Programme aufnahmen. Und schließlich hat die 2005 gegründete Federación Argentina LGBT (FALGBT) Bewegungen aus dem ganzen Land zusammengeführt und sich der Durchsetzung unserer Forderungen gewidmet: gleichgeschlechtliche Ehe, Geschlechteridentität, Antidiskriminierungsgesetze, Streichung von Homosexualität und Travestie aus dem Strafgesetz, Aufnahme des Themas „Diversität“ in den Aufklärungsunterricht. Zehn Jahre nach ihrer Gründung hat die FALGBT fast alle Ziele erreicht.

FES: Warum ist die LGBT-Lobby so stark? Wer unterstützt sie von politischer Seite? Wieso hat sich Cristina Kirchner dafür stark gemacht?

Paulón: Die LGBT-Gemeinde ist heute eine bedeutende Minderheit, weil wir unsere Agenda in die anderer Bewegungen einbringen konnten. Wir haben Allianzen mit den unterschiedlichsten Bewegungen aufgebaut und die Gründung von LGBT-Gruppen in den politischen Parteien – von Konservativen bis Trotzist_innen – unterstützt. Das gibt uns wiederum starke Unterstützung und Einfluss auf die Entscheidungsfindung sowie die politischen Planungsprozesse. Der Rückhalt in der Regierung Kirchner entstand aus der Deutung der Gleichheitsforderung als ein globales politisches Moment, in dem die LGBT-Rechte stellvertretend für andere, nicht gelöste Rechte wurden. Unsere Gleichheitsidee hat die Gesellschaft insgesamt bereichert und die Regierung Kirchner begriff, dass sie sich so – in einem Moment politischer Schwäche – mit weiten Teilen der Gesellschaft verbinden konnte.

FES: Wie positionieren sich die linksdemokratischen Parteien hierzu – oder ist das kein Thema?

Paulón: Die traditionellen Linksparteien standen der LGBT-Agenda lange Zeit relativ verschlossen gegenüber und integrierten nur Teile über die Solidarität mit der feministischen Bewegung. In den 1990er Jahren fand sich das Thema erstmals in Gesetzesinitiativen der Sozialist_innen und Radikalen. In der letzten Dekade kam der LGBT-Aktivismus dann auch programmatisch in den Mitte-links-Parteien an: Die Partido Socialista war die erste Partei, die LGBT-Gleichheit ins Programm aufnahm und im Vorstand das Sekretariat für sexuelle Diversität kreierte.

FES: Wie sieht das volle Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare in der Praxis aus?

Paulón: Das Gesetz zur gleichgeschlechtlichen Ehe überträgt homosexuellen Paaren alle Eherechte, inklusive dem der Adoption. Die Umsetzung liegt aber im Ermessen des Richters oder der Richterin, die der Adoption nach eigenem Empfinden zustimmen oder diese ablehnen können. Besonders in den ländlichen Provinzen erschweren Vorurteile häufig die Anwendung des Gesetzes. Gleichgeschlechtliche Paare haben zudem Zugang zu künstlicher Befruchtung und Leihmutterchaft – letztere ist in Argentinien gesetzlich nicht geregelt, aber rechtlich zulässig.

FES: Wie sehr ist das gesellschaftlich verankert – und nicht nur ein Paragraph? Ist der liberale Geist nur auf die Hauptstadt konzentriert? Wie sieht es mit der Macho-Gaucht-Kultur in anderen Provinzen aus?

Paulón: Das Gesetz gilt landesweit und wird in der Praxis umgesetzt. Die gesellschaftliche Auseinandersetzung, die mehrheitliche Unterstützung durch die Politik und die Sichtbarkeit der LGBT-Gemeinde und ihrer erkämpften Rechte haben zu einem Umdenken geführt. Sicherlich, die Akzeptanz ist regional unterschiedlich ausgeprägt und natürlich in den Großstädten anders als im Landesinneren und in den „traditionsbewussten“ Provinzen Argentiniens.

FES: Auch ausländische Tourist_innen dürfen nun in Argentinien die „Homo-ehe“ eingehen. Geht die Rechnung auf, gibt es einen touristischen Boom?

Paulón: Die gleichgeschlechtliche Ehe für Tourist_innen wurde 2012 durch die FALGBT in Rosario durchgesetzt und war eine politische Forderung. Es geht darum, weltweit das öffentliche Gut „Zugang zu gleichen Rechten“ zu sichern. Nur in 24 Ländern gibt es die gleichgeschlechtliche Ehe. Argentinien gestattet Tourist_innen generell, hier ohne besondere Voraussetzungen zu heiraten. Für uns geht es um den gleichen Zugang zu diesem Recht.

FES: Argentinien ist ein katholisch geprägtes Land mit einem Papst, der 2010 das neue Gesetz als „Angriff auf den Plan Gottes“ bezeichnete. Welche gesellschaftlichen Kräfte konnten die Kirche austricksen? Oder ist die Kirche gar nicht mehr dominant?

Paulón: Man muss zwischen der Führung und der Basis der Kirche unterscheiden: Die Basis hat die Diskussion und Verabschiedung des Gesetzes unterstützt. Doch die Führung arbeitete gegen das Gesetz, indem Bischöfe einzelne Gouverneur_innen, Senator_innen und Abgeordnete unter Druck setzten. Der damalige Bischof Bergoglio (und heutige Papst) war entschieden gegen das Gesetz, aber als es einmal verabschiedet war, hat sich die argentinische Kirchenführung – wohl im Gegensatz zu vielen anderen Ländern – der Umsetzung nicht widersetzt.

Das Interview führte MARÍA RIGAT-PFLAUM, FES Argentinien, im Dezember 2015.



*Expert_innen aus sechs Ländern debattierten in Pakistan über Politischen Feminismus in Asien.
Foto: FES Pakistan*

VON DIVERSITÄT ZU SOLIDARITÄT

Zum Auftakt einer neuen Arbeitslinie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Asien fand vom 20. bis 23. Oktober 2015 in Islamabad/Bhurban ein Workshop „Politischer Feminismus in Asien“ statt.

Die Landesbüros der FES hatten Expert_innen aus Bangladesch, China, Indien, Indonesien und Thailand nach Pakistan entsandt, um sich über gesammelte Erfahrungen auszutauschen und neue Ansätze für die politische Arbeit zu entwickeln. Auf ein öffentliches Seminar an der Quaid-i-Azam University in Islamabad folgte ein zweiter, interner Teil des Programms an einem ruhigen Ort in den umliegenden Bergen – der Diskussion um den Politischen Feminismus sollte ausreichend Raum gegeben werden.

Recht schnell konnten die Gemeinsamkeiten der feministischen Bewegungen in den verschiedenen Ländern identifiziert werden: Trotz der Herausforderungen durch die Eigenheiten der politischen Systeme und der unterschiedlichen kulturellen Normen haben die Frauenbewegungen in Asien durchaus viele ähnliche Erfahrungen im Kampf gegen patriarchale Machtstrukturen gemacht. Die vertretenen Länder waren und sind durch Gruppen und Netzwerke häufig in engem Kontakt mit Bewegungen, die sich für Demokratie und soziale Gerechtigkeit einsetzen. Zudem wurde für die jüngere Vergangenheit eine fortschreitende „Depolitisierung“ der Debatten und Akteur_innen festgestellt, die sich parallel zur starken Abhängigkeit der meist schwachen Zivilgesellschaften von internationalen Geber_innen entwickelt.

Die Abschlussitzung des FES-Workshops erlaubt einen Ausblick, der Mut für die Zukunft macht: Es bestand Einigkeit darüber, dass es eines neuen, transnationalen Feminismus bedarf, der sich den veränderten Bedingungen des 21. Jahrhunderts anpasst. „Von Diversität hin zu Solidarität“, lautete die Zusammenfassung: Die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen und die Heterogenität der Akteur_innen als Stärke wahrnehmen, um für mehr Solidarität innerhalb der feministischen und sozialen Bewegungen zu werben – das Asien-Referat der FES nimmt dieses Anliegen auf und wird in den nächsten Jahren eine regionale Plattform zur Vertiefung der Debatten aufbauen. Dabei soll es auch darum gehen, den Erfahrungsaustausch zwischen den Akteur_innen zu fördern und gemeinsame Strategien zur Allianzbildung und zur Entwicklung von feministischen Narrativen zu erarbeiten.

Autor: PHILIPP KAUPPERT, FES Pakistan

Ansprechpartnerin für die Themen Gender/Feminismus in Asien:

ADRIENNE WOLTERS DORF, Regionalbüro Asien



*Gute Laune bei „Love: Personal? Political?“
Foto: István Fazekas*

VON LIEBE, NEOLIBERALISMUS UND FEMINISMUS

Das regionale Genderprojekt „Gendergerechtigkeit in Ostmitteleuropa“ der Friedrich-Ebert-Stiftung arbeitet zu geschlechterpolitischen Themen, die die Menschen vor Ort miteinander ins Gespräch bringen und gleichstellungspolitische Beratung ermöglichen. Auf zwei spannende Projekte wollen wir zurückblicken.

Liebe und Politik

Wie politisch ist die Liebe? – so lautete die zentrale Fragestellung des öffentlichen Dialogforums „Love: Personal? Political?“ im Oktober 2015 in Budapest. Und wie verändern die Art und Weise, wie wir über Liebe reden, unsere Gesellschaft und unsere Genderverhältnisse? Das Thema „Liebe“ ist ein wesentlicher Aspekt von Geschlechtergerechtigkeit und die gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen wirken sich in vielerlei Hinsicht darauf aus, wie Liebe sich entfalten kann. Seit 2014 organisiert das Genderprojekt der FES Dialogforen, um Menschen aus Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft in Kontakt zu bringen und nach gemeinsamen Grundlagen zu suchen, auf deren Basis Geschlechtergerechtigkeit vielfältig diskutiert werden kann. Hier zeigt sich immer wieder sehr deutlich die ideologische Heterogenität der Teilnehmenden – so war es auch beim Thema „Liebe“.

Gegenstand der Diskussion waren einerseits die kritische Auseinandersetzung mit dem neoliberalen Wirtschaftssystem, das auf Individualität und Konsum basiert und unsere Vorstellungen von Liebe manipuliert, andererseits das Konzept von „ewigen Männern und Frauen“ als Stereotype ohne Bezug zu Genderaspekten sowie die psychologischen Voraussetzungen einer erfüllten Liebe. Das Fazit lautete: Bemühungen, gemeinsame Formulierungen zu finden, und eine konstruktive Debatte über Liebe zeigen ein transformatives und emanzipatorisches Potenzial auf – auch für unser Miteinander. Die redigierten Fassungen der Vorträge wurden in einem Online-Buch (<http://bit.ly/29gQMeF>) auch auf Englisch veröffentlicht.

Neoliberalismus und Feminismus

Die Kritik am Neoliberalismus und die Diskussion von Alternativen vernachlässigen konsequent Aspekte des Feminismus und der feministischen Ökonomie. Diese Diskussion wird in Europa meist „genderblind“ geführt. Die Grundthese der Arbeitslinie aus dem Genderprojekt der FES in Ostmitteleuropa zum Thema „Neoliberalismus und Feminismus“ lautete daher: Ohne Feminismus kann es kein sozial gerechtes Europa geben. Seit dem Frühjahr 2015 befasst sich das Genderprojekt intensiv mit dem Zusammenhang von Neoliberalismus(-Kritik) und Feminismus und bringt Aktivist_innen und Wissenschaftler_innen aus Estland, Litauen, Polen, der Slowakei,



Gergely Szilvay, Journalist und PhD-Student, befasste sich im Rahmen von „Love: Personal? Political?“ mit dem Verhältnis von Konservatismus und Geschlechtergerechtigkeit.

Foto: István Fazekas

Tschechien und Ungarn zusammen, die aus ihrem besonderen regionalen Blickwinkel diskutieren.

Die Zusammenhänge stellen sich in Ostmitteleuropa teilweise anders dar als in Westeuropa, galt es in Ostmitteleuropa lange, kritiklos zu akzeptieren, dass die demokratische Transformation zwangsläufig mit der neoliberalen Variante des Kapitalismus verbunden sei. Wer also das Übel im neuen Wirtschaftssystem kritisch zu analysieren versuchte, galt schnell als rückwärtsgewandt, sozialistisch und undemokratisch. Das betraf auch die feministische Bewegung, die sich daraufhin mit ihren Anliegen „anpasste“. So wird die Diskussion über „Equality pays off“ und Work-Life-Balance (der Mittelklasse) – um zwei Beispiele zu nennen – häufig geführt, ohne zu problematisieren, dass die strukturellen Ungleichheiten auch durch die Wirtschaftsordnung befördert werden. Um Perspektiven aus Ostmitteleuropa darzulegen, wurden mit den Expert_innen sowohl Ansätze der feministischen Kritik am Neoliberalismus diskutiert als auch Kritik der neoliberal angehauchten Feminismen der Region. Die Beiträge der Teilnehmer_innen sind auf der Seite www.fesbp.hu/gender zu finden.

Autorin: ESZTER KOVÁTS, Projektleiterin Gendergerechtigkeit in Ostmitteleuropa

PUBLIKATIONEN

Was junge Frauen wollen – Lebensrealitäten und familien- und gleichstellungspolitische Erwartungen von Frauen zwischen 18 und 40 Jahren

Junge Menschen zeigen heute eine große Neigung zu gleichberechtigten Partnerschaftsarrangements. Die meisten Frauen sind erwerbstätig und schätzen ihren Beruf. Doch sobald Kinder ins Spiel kommen, fallen die Partner_innen häufig in eher traditionelle Geschlechterrollen zurück. Vor diesem Hintergrund geht die Studie den Fragen nach: Was halten junge Frauen von der Familien- und Gleichstellungspolitik? Wo sind die Berührungspunkte in ihrem Alltag und wo sehen sie politischen Handlungsbedarf? Um Antworten zu geben, wurden junge Frauen aus allen sozialen Schichten und Milieus befragt. Es zeigt sich: Junge Frauen wollen Lohngerechtigkeit, Gleichstellung im Berufsleben sowie eine bessere und kostenlose Kinderbetreuung.

Zum Weiterlesen: C. Wippermann: Was junge Frauen wollen – Lebensrealitäten und familien- und gleichstellungspolitische Erwartungen von Frauen zwischen 18 und 40 Jahren (2016): <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/12633.pdf>

Auf dem Weg zur Geschlechtergerechtigkeit?: Berichte aus Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Österreich, Schweden, Schweiz, Ungarn und USA

Die Studie trägt Erfahrungen und aktuelle familien- und geschlechterpolitische Diskurse aus neun Ländern zusammen. Damit liegt nunmehr ein breiter Überblick vor, der Ansätze und Debatten der jeweiligen Länder in Berichten konzise aufbereitet und vergleichbar macht.

Zum Weiterlesen: L. Eigenmann, Y. Holl, E. Kováts, J. Menge, K. Nink, A. Rosenplänter, A. Salles, C. Schildmann: Auf dem Weg zur Geschlechtergerechtigkeit?: Berichte aus Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Österreich, Schweden, Schweiz, Ungarn und USA (2016): <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/12367.pdf>
Auch auf Englisch (<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/12476.pdf>) erschienen.

Aufwertung Macht Geschichte: Die Kampagne der Gewerkschaft ÖTV zur Aufwertung von Frauenarbeit (1990-2001). Ein Beitrag zur aktuellen Diskussion

Die Frage der Aufwertung von „Frauenberufen“ ist mit dem Kita-Streik im Jahr 2015 ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Auch im Bereich der professionellen Pflege ist die Frage der Aufwertung sozialer Dienstleistungsarbeit hochaktuell. In einer alternden Gesellschaft nimmt die Bedeutung dieser, in der Mehrzahl von Frauen ausgeübter Berufe zu. Allerdings spiegelt sich dieser Trend noch nicht in der Entlohnung. Dass Arbeit, die in der Mehrzahl von Frauen ausgeübt wird und mit weiblichen Eigenschaften in Verbindung gebracht wird, schlecht bezahlt wird, ist keineswegs neu. Die Autorinnen werfen in der Studie einen Blick auf die Aufwertungskampagne der ÖTV zwischen 1990 und 2001. Dabei zeigt sich: Viele der damaligen Anliegen sind auch heute noch aktuell und die Strategien der Gewerkschafterinnen von damals können Anregungen für aktuelle Aufwertungsansätze liefern.

Zum Weiterlesen: H. Gumpert, E. Möller, B. Stiegler: Aufwertung Macht Geschichte: Die Kampagne der Gewerkschaft ÖTV zur Aufwertung von Frauenarbeit (1990-2001). Ein Beitrag zur aktuellen Diskussion (2016): <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/12564.pdf>

Lebensentwürfe junger Frauen und Männer in Bayern

Junge Frauen und Männer sowie ihre Rolle in Beruf, Familie und Gesellschaft werden heutzutage in Politik und Medien heiß diskutiert, auch in Bayern. Zwischen Eltern- und Betreuungsgeld, Frauenquote und Ehegattensplitting nimmt eine Reihe von (oft widersprüchlichen) frauen- sowie familienpolitischen Maßnahmen diese Zielgruppe in den Blick. Zugleich wenden sich junge Menschen von bestimmten Formen politischer Beteiligung zunehmend ab – so ging bei der Landtagswahl 2013 fast die Hälfte der unter 35-Jährigen nicht zur Wahl. Offenbar erreicht die beschriebene Mischung politischer Bemühungen nicht die tatsächlichen Lebensrealitäten und Erwartungen junger Frauen und Männer in Bayern.

Zum Weiterlesen: J. Allmendinger, S. Krug von Nidda, V. Wintermantel: Lebensentwürfe junger Frauen und Männer in Bayern (2016): www.bayernforum.de/publikationen.html

**Erfurt ist schön deutsch – und schön deutsch soll Erfurt bleiben!
Das politische Erscheinungsbild der Partei „Alternative für
Deutschland“ (AfD) in Thüringen**

Die Studie gibt einen Einblick in das politische Erscheinungsbild der „Alternative für Deutschland“ (AfD) in Thüringen. Der Partei gelang am 14. September 2014 der Einzug in den Landtag des Freistaates Thüringen. Seitdem tritt der Thüringer AfD-Landesverband nicht nur auf Landesebene für einen stramm rechten politischen Kurs ein, sondern nimmt auch immer mehr Einfluss auf den gesamtpolitischen Kurs der AfD. Im Rahmen der politischen Themenagenda wird auch ein Blick auf die Bereiche Familie und Gender Mainstreaming geworfen.

Zum Weiterlesen: A. Häusler, R. Roeser: Erfurt ist schön deutsch – und schön deutsch soll Erfurt bleiben! Das politische Erscheinungsbild der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) in Thüringen (2016): <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/erfurt/12166.pdf>

**Foundation of the Nation: How Political Parties and Movements are
Radicalising Others in Favour of Conservative Family Values and
against Tolerance, Diversity, and Progressive Gender Politics in Europe**

In Europa formiert sich seit einiger Zeit eine Bewegung für konservative Familienwerte, gegen Toleranz und Vielfalt sowie gegen eine progressive Geschlechterpolitik. Das Feindbild heißt „Gender-Ideologie“. In Deutschland steht aktuell die Partei AfD im Zentrum dieser Bewegung. In seiner bereits 2014 erschienenen Expertise untersucht Andreas Kemper die konservativen geschlechter- und familienpolitischen Netzwerke und Bewegungen in der Europäischen Union, die Kontroversen im EU-Parlament, die Aktivitäten der AfD auf EU-Ebene und ihre familien- und geschlechterpolitischen Entwürfe für Sachsen, Thüringen und Brandenburg. Diese Expertise ist nun auch auf Englisch erschienen.

Zum Weiterlesen: A. Kemper: Foundation of the Nation: How Political Parties and Movements are Radicalising Others in Favour of Conservative Family Values and against Tolerance, Diversity, and Progressive Gender Politics in Europe (2016): <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/12503.pdf>

Mujeres en bici: Una expresión de libertad que trasciende fronteras

Seit der Erfindung im 19. Jahrhundert wurde das Fahrrad als ein „Instrument des Wandels“ betrachtet. Trotz vieler Vorteile ist es jedoch in vielen Ländern der Welt noch weit davon entfernt, ein alltägliches Transportmittel zu werden. Darüber hinaus sind die meisten Radfahrer_innen Männer. In dieser Veröffentlichung werden Initiativen dargestellt, die sich für die Förderung der Fahrradnutzung von Frauen einsetzen. Es werden städtische Mobilitätsmuster und die Bedürfnisse und Herausforderungen der Fahrradnutzung analysiert, die eine nachhaltige und geschlechtergerechte Mobilität fördern.

Zum Weiterlesen: A. Tello, C. Falconí, Ma. F. Porras, B. Rivera, D. Maroto, M. Arias, C. Moren, E. Blondeel, E. Puga, G. Cárdenas, N. Pinto: Mujeres en bici: Una expresión de libertad que trasciende fronteras (2016): <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/quito/12409.pdf>

**GLEICHSTELLUNGSPOLITISCHER REFERENZRAHMEN für den Arbeits-
schwerpunkt „Zukunft der sozialen Sicherung – Familienpolitik“**

Der Gleichstellungspolitische Referenzrahmen definiert Gleichstellungsziele für den Arbeitsschwerpunkt „Zukunft der sozialen Sicherung – Familienpolitik“ im Projekt „Gute Gesellschaft 2017plus“ und nimmt dabei Bezug auf eine große Bandbreite geschlechterpolitisch relevanter Fragestellungen. Der Referenzrahmen formuliert Leitziele und gibt einen Überblick über Problemlösungsansätze für die Bereiche soziale Sicherung und Familienpolitik. Zu diesen Politikfeldern existiert eine große Zahl internationaler Vereinbarungen, die gleichstellungspolitisch auch als Orientierung für den deutschen Kontext dienen können.

Zum Weiterlesen: I. Pimminger: Gleichstellungspolitische Referenzrahmen für den Arbeitsschwerpunkt „Zukunft der sozialen Sicherung – Familienpolitik“ (Gute Gesellschaft 2017plus) (2015): <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/12362.pdf>

Islamic Feminism – A contradiction in terms?

In the non-West, feminism has largely been considered an alien concept, contrary to indigenous norms and traditions. Associated with Western colonial intrusion, feminism per se and Western feminism in particular, are easily discredited as an attack on the cultural authenticity of non-West societies and a corrupting influence. When questions of gender justice emerged, there were efforts to frame women's concerns in the context of the specificities of their situation rather than with reference to the standards set by Western feminism. Religion, inevitably, was to play a major role in this enterprise. It is in this context that questions about the possibility and desirability of Islamic feminism arise.

Zum Weiterlesen: A. Ahmad: Islamic Feminism – A contradiction in terms? (Gute Gesellschaft 2017plus) (2015): <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/indien/12314.pdf>

Nur Luft und Liebe? Die Entlohnung sozialer Dienstleistungsarbeit im Länder- und Berufsvergleich

Ausgangspunkt der Expertise ist der Befund, dass professionelle Fürsorgearbeit, also Arbeit im Bildungs-, Erziehungs-, Gesundheits- und Pflegesektor, schlecht entlohnt wird. Eine Analyse der relativen Einkommenspositionen von Beschäftigten in vier verschiedenen Berufsgruppen über 23 Länder hinweg zeigt, dass es vorrangig die Hilfstätigkeiten im sozialen Dienstleistungssektor sind, die schlecht entlohnt werden. Länderunterschiede bei der Entlohnung scheinen in erster Linie mit Unterschieden in der ökonomischen Nachfrage nach professioneller Fürsorgearbeit und dem Anteil von weiblichen Beschäftigten in diesen Berufen zusammenzuhängen. Deutschland schneidet im Ländervergleich schlecht ab: Im Gesundheits- und Pflegesektor sind die Einkommen von Hilfs- und Fachkräften deutlich niedriger als in den meisten anderen Ländern. Im Bereich Bildung und Erziehung liegt der Durchschnitt der relativen Einkommenspositionen Deutschlands im Mittelfeld aller betrachteten Länder.

Zum Weiterlesen: L. Hipp, N. Kelle: Nur Luft und Liebe? Die Entlohnung sozialer Dienstleistungsarbeit im Länder- und Berufsvergleich (2015): <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/12168.pdf>

Einflussfaktoren auf die Arbeitszeitdauer von Vätern nach den Elterngeldmonaten

Männer, die Elternzeit genommen und damit bereits bewiesen haben, dass sie als Väter eine aktive Rolle spielen möchten, sowie das Arbeitszeitverhalten dieser Männer sind Gegenstand der Expertise. Unter welchen Bedingungen reduzieren sie direkt nach ihrer Elterngeldphase ihre Arbeitszeit, und unter welchen Umständen tun sie dies sogar längerfristig? Welche Rolle spielen Faktoren wie Unternehmenskultur, die Partnerin, Stadt und Land, Alter, Ausbildung und Einstellungsmuster? Und welche Schlüsse können Politik, Tarifpartner und Personalverantwortliche daraus für ihre Entscheidungen ziehen?

Zum Weiterlesen: D. Hobler, S. Pfahl: Einflussfaktoren auf die Arbeitszeitdauer von Vätern nach den Elterngeldmonaten (2015): <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/12118.pdf>

Arbeit – Leben – Fortschritt: Progressive Ideen für die Arbeitswelt von morgen

Unter dem Titel „Arbeit – Leben – Fortschritt: Progressive Ideen für die Arbeitswelt von morgen“ präsentiert der DenkraumArbeit seine zentralen Arbeitsergebnisse, die im November 2015 mit den Bundesministerinnen Andrea Nahles und Manuela Schwesig diskutiert wurden. Dabei geht es um die Entwicklung neuer Leitbilder für das Verhältnis von Leben und Arbeit, um Identifikation, Konzeption und Prüfung konkreter Instrumente in den Themenfeldern Arbeitszeitgestaltung, Digitalisierung, Arbeitsmarktpolitik und Qualifizierung.

Zum Weiterlesen: DenkraumArbeit: Arbeit – Leben – Fortschritt: Progressive Ideen für die Arbeitswelt von morgen (2015): <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/12058.pdf>

Inside the Gap 3/3: Alterssicherung in Deutschland: Negative Bilanz – besonders für Frauen

Im Jahr 2030 wird das Rentenniveau in Deutschland, so die Prognose, bei 43 Prozent liegen. Schon jetzt sind die Durchschnittsrenten derjenigen, die aus dem Arbeitsleben ausscheiden, niedriger als die derer, die bereits Rente beziehen. Und der Trend ist negativ. Frauen sind von dieser Entwicklung – sieht man vom kurzfristigen positiven Sondereffekt der Mütterrente ab – besonders hart betroffen. Und das, obwohl sie heute vielfach länger und in größerem Umfang berufstätig sind als die Frauengenerationen vor ihnen. Über 40 Prozent der heute 50-jährigen westdeutschen Frauen werden bis zum Renteneintritt lediglich Rentenansprüche unterhalb des Grundsicherungsniveaus erwerben. In Ostdeutschland wird es rund 20 Prozent ebenso ergehen. Die dritte Ausgabe des Equal Society Briefs zieht Bilanz: Um das Problem zu lösen, muss Politik in unterschiedlichen Bereichen ansetzen.

Zum Weiterlesen: S. Javad: Alterssicherung in Deutschland: Negative Bilanz – besonders für Frauen (Equal Society Brief #03) (2015): <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/12023.pdf>

Who's breadwinning in Europe? A comparative analysis of maternal breadwinning in Great Britain and Germany

The nature of work, earning and family relationships has changed. The model of a male breadwinner and a female carer as the „default“ for European families is long gone. With the employment rate of women – and especially mothers – having risen, dual-earner couples are more common.

Zum Weiterlesen: G. Cory, A. Stirling: Who's breadwinning in Europe? A comparative analysis of maternal breadwinning in Great Britain and Germany (2015): http://feslondon.org.uk/cms/files/fes/pdf/FES+IPPR_whos-breadwinning-in-europe-oct2015.compressed_2.pdf

Der Lebenschancencredit. Ein Modell der Ziehungsrechte für Bildung, Zeitsouveränität und Absicherung sozialer Risiken

Thema der Publikation ist die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie der verbesserte Zugang zu Weiterbildung und Qualifizierung durch einen individuellen Anspruch an entsprechende Finanzierungsmöglichkeiten durch den Lebenschancencredit.

Zum Weiterlesen: S. Mau: Der Lebenschancencredit. Ein Modell der Ziehungsrechte für Bildung, Zeitsouveränität und Absicherung sozialer Risiken (WISO direkt) (2015): <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/11658.pdf>

Verhandelbare Flexibilität? Die Gewerkschaften vor neuen Aufgaben in der digitalen Arbeitswelt

In dieser Publikation geht es um Grenzen von Verfügbarkeit bzw. Erreichbarkeit im Arbeitsleben, Bedingungen mobilen Arbeitens und die Ansprüche von Beschäftigten auf Verkürzung oder Verlängerung von Arbeitszeiten in Abhängigkeit von der individuellen Lebenslage (Erziehung, Pflege, etc.); formuliert werden Handlungsanforderungen an Gewerkschaften zur Gestaltung der Erwerbsarbeit im Hinblick auf bessere Vereinbarkeit von Familie, Freizeit und Beruf.

Zum Weiterlesen: W. Eichhorst, H. Hinte: Verhandelbare Flexibilität? Die Gewerkschaften vor neuen Aufgaben in der digitalen Arbeitswelt (WISO direkt) (2015): <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/12001.pdf>

Die gemeinschaftliche Adoption durch eingetragene Lebenspartnerinnen: Die Sukzessivadoption reicht nicht!

Das Gutachten legt die Argumente für die vollständige Angleichung der Adoptionsmöglichkeiten von verpartnerten und verheirateten Paaren dar. Darüber hinaus gibt es Einblick in die Rechtsentwicklung anderer westlicher Staaten auf diesem Gebiet.

Zum Weiterlesen: N. Dethloff: Die gemeinschaftliche Adoption durch eingetragene Lebenspartnerinnen: Die Sukzessivadoption reicht nicht! (2015): <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/12014.pdf>

Sag beim Abschied leise Servus? Aktuelle Entwicklungen in der EU-Gleichstellungspolitik

Insbesondere seit Mitte der 1990er Jahre sind wesentliche gleichstellungspolitische Impulse von der Europäischen Union ausgegangen. In den vergangenen Jahren hat die EU-Gleichstellungspolitik jedoch merklich an Sichtbarkeit verloren. Diese Entwicklung spiegelt sich aktuell auch in der Frage, ob die Ende des Jahres 2015 auslaufende Gleichstellungsstrategie der Europäischen Kommission neu aufgelegt wird oder nicht.

Zum Weiterlesen: I. Pimminger: Sag beim Abschied leise Servus? Aktuelle Entwicklungen in der EU-Gleichstellungspolitik (2015): <http://library.fes.de/pdf-files/id/12021.pdf>

Gender as symbolic glue: The position and role of conservative and far right parties in the anti-gender mobilizations in Europe

This publication is a result of a successful cooperation between the Foundation for European Progressive Studies (FEPS) and the regional gender programme of the Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) on critically analyzing anti-gender discourses in European far right and conservative party programmes and the role of the respective parties in shaping the discourse and mobilisations. The publication looks at five case studies: France, Germany, Hungary, Poland, and Slovakia with the purpose to comparatively examine the commonalities and divergences of this phenomenon, also offering a chronological overview.

Zum Weiterlesen: E. Kováts, M. Põim: Gender as symbolic glue: The position and role of conservative and far right parties in the anti-gender mobilizations in Europe (2015): <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/budapest/11382.pdf>

WIR MACHEN GENDER!

115 Die Abteilung Studienförderung

125 Genderbezogene Promotionsprojekte mit
Förderung der Friedrich-Ebert-Stiftung

WER MACHT GENDER IN DER FRIEDRICH-EBERT- STIFTUNG?

Die Abteilung Studienförderung

Um die Vielfalt der Themen in der Abteilung Studienförderung darzustellen, haben wir für den aktuellen Gender matters! drei Kolleg_innen interviewt und zu ihrer Arbeit befragt: Yvonne Blos, Kathrein Hölscher und Sohel Ahmed haben uns – im Gespräch mit Sarah Vespermann, Forum Politik und Gesellschaft – einen Einblick in die genderpolitischen Aspekte ihrer Arbeitsbereiche gewährt.

Die Auswahl von Stipendienbewerber_innen, die Beratung und Betreuung von (ehemaligen) Stipendiat_innen, die Zusammenarbeit mit Vertrauensdozent_innen: ein spannendes und abwechslungsreiches Arbeitsfeld für die Kolleg_innen der Abteilung Studienförderung bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. Darüber hinaus wird der Bereich Hochschul- und Bildungspolitik von vier Kolleginnen in Berlin gestaltet und ergänzt die Arbeit der Abteilung um eine politikberatende Komponente.

Interview mit Kathrein Hölscher,
Referentin in den Arbeitsbereichen Bewerber_innenauswahl und
Beratung und Betreuung der Abteilung Studienförderung

FES: Welches sind deine Arbeitsschwerpunkte in der Abteilung Studienförderung?

Kathrein Hölscher: Ich bin für die internationalen Stipendiat_innen – die sogenannten Bildungsausländer_innen, die über das Auswärtige Amt (AA) gefördert werden – zuständig und zwar für die Auswahl, Betreuung und Beratung sowie die ideelle Förderung. Bei der Auswahl der Bewerber_innen geht es vorrangig darum, geeignete Kandidat_innen für ein Stipendium zu finden, unter Berücksichtigung der Kriterien Leistung, Persönlichkeit und Engagement. Im Kontext der Betreuung und Beratung fallen die Promovierenden in meinen Arbeitsbereich. Ganz konkret geht es da um Angelegenheiten wie Stipendienverlängerungsanträge, geplante Auslandsaufenthalte, aber auch Beratung bei Problemen, etwa bei einem Wechsel der Promotionsbetreuerin oder des Promotionsbetreuers. Zudem bieten wir gezielt für die internationalen Stipendiat_innen mehrere Seminare im Jahr an.

FES: Auf der Homepage der Studienförderung wird darauf hingewiesen, dass sich die Friedrich-Ebert-Stiftung mit ihren Stipendienprogrammen unter anderem explizit an Frauen richtet. Wie sieht das in der Praxis aus?

Hölscher: Unser Ziel ist es, in der gesamten Stipendiat_innenauswahl die 50-Prozentquote zu schaffen. In der AA-Förderung gelingt dies in den letzten Jahren automatisch; in der Förderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), also der Förderung der Deutschen und Bildungsinländer_innen, stellen wir uns permanent die Frage, wie wir Frauen für die Förderung gewinnen können. Wir haben früher bereits festgestellt,



Kathrein Hölscher. Foto: Abteilung Studienförderung, FES

dass es vor allem eines neuen Verständnisses der Kategorie „Engagement“ bedarf, denn Frauen sind häufig auf anderen Ebenen aktiv als Männer. Nach unseren Erfahrungen sind Frauen eher sozial engagiert und weniger parteipolitisch, und sie streben weniger nach führenden Funktionen in Organisationen. Daher haben wir beispielsweise unsere Online-Bewerbung überarbeitet. Wir fragen jetzt nicht mehr nach „Organisationen“ und „Funktionen“, sondern nach „Tätigkeiten“ insgesamt, um mehr Frauen anzusprechen. In der Grundförderung konnten wir im vergangenen Jahr bei den Neuaufnahmen eine Frauenquote von 53 Prozent erreichen und in der Graduiertenförderung 36 Prozent, sodass wir jetzt bei 44,5 Prozent liegen.

FES: Gibt es darüber hinaus genderpolitische Aspekte in eurer Arbeit, die für euch wie auch für die Stipendiat_innen besonders wichtig sind?

Hölscher: In den Jahren 2013/14 hatten wir ein Projekt zum Thema „Diversität“, bei dem wir uns beispielsweise dazu entschieden haben, die Evaluationsbögen für die Seminare zu ändern. Wir hatten zeitweise eine dritte Geschlechterkategorie eingeführt, die offen war und ergänzend zu den Kategorien männlich/weiblich angekreuzt werden konnte. Mittlerweile haben wir uns dazu entschieden, die Geschlechter gar nicht mehr abzufragen. Auch für die Stipendiat_innen ist das ein relevantes Thema. Die Bundesvertretungskonferenz der Stipendiat_innen (BVK) hat in der Vergangenheit stark auf das Thema „Geschlechtersensibilität“ eingewirkt. Ein zentraler Diskussionspunkt und Wunsch bei der BVK 2015 war die

Sichtbarmachung nicht binärer Geschlechter in der Arbeit der FES. Wir wollen jetzt eine Arbeitsgruppe in der Abteilung Studienförderung einberufen, um uns dezidiert mit solchen Fragen auseinanderzusetzen und dann gemeinsam zu überlegen: Was ist wie umsetzbar? Nicht unbedingt nur in der Abteilung, sondern auch darüber hinaus – in der Stiftung, aber auch mit Blick auf unsere Kundschaft. Die Stiftung hat sich ja insgesamt schon weiterentwickelt, beispielsweise durch die verbindliche Verwendung des „Gender-Gap“. Das ist ein großer Fortschritt.

FES: Ist das die zentrale Herausforderung – alle Beteiligten bei den Prozessen mitnehmen zu können?

Hölscher: Das ist definitiv eine Herausforderung, der wir uns aber stellen wollen und müssen. Wichtig ist für uns auch, die Frauenquote zu halten und an manchen Stellen noch intensiver daran zu arbeiten. Beispielsweise bei den Vertrauensdozent_innen – da sind wir mit einer Frauenquote von gerade mal 23 Prozent nicht gut aufgestellt, selbst wenn sich der Anteil bereits erhöht hat. Bei den Mitgliedern des Auswahlausschusses sind es 37 Prozent. Gerade jüngere Frauen, die an der Hochschule tätig sind, sagen uns oft mit dem Hinweis ab, dass sie Beruf und Familie nicht mit einem derart zeitintensiven Engagement verbinden können. Hier sehen wir also das Vereinbarkeitsproblem, das ja allseits bekannt ist und beispielsweise durch einen Frauenanteil von lediglich 20 Prozent an der Professor_innenschaft ebenfalls deutlich wird. Auch daran wollen wir als Stiftung arbeiten!

FES: Vielen Dank für das Interview.



Sohel Ahmed. Foto: Abteilung Studienförderung, FES

Interview mit Sohel Ahmed, Referent im Arbeitsbereich Ideelle Förderung und stipendiatisches Netzwerk der Abteilung Studienförderung

FES: Wie gestaltet sich deine Arbeit in der ideellen Förderung mit den Stipendiat_innen?

Sohel Ahmed: In der ideellen Förderung spielen die Arbeitskreise (AK) der Stipendiat_innen eine zentrale Rolle. Wir haben 31 Arbeitskreise, die themenbezogen arbeiten. Praktisch heißt das, dass die Stipendiat_innen eigenständig Themen finden, mit denen sie sich auseinandersetzen möchten – wie intensiv dann die jeweiligen Gruppen arbeiten, ist ganz unterschiedlich. Wir selbst sind bei den Aktivitäten in der Regel nicht vor Ort, da wir rund 150 Veranstaltungen pro Jahr in diesem Bereich haben. Somit leben die Arbeitskreise vom Engagement der Stipendiat_innen und der Sprecher_innen. Wir unterstützen sie selbstverständlich bei der Organisation von Seminaren oder anderen Veranstaltungen. Besonders spannend ist, dass der Input für die Aktivitäten aus unterschiedlichen Richtungen kommt. Es gibt externe Referent_innen, die eingeladen werden, aber ein Großteil kommt von den Stipendiat_innen selbst, die ja als Einzelpersonen auch fachliches Wissen zu ganz unterschiedlichen Schwerpunkten haben. Und die Arbeitskreise vernetzen sich natürlich untereinander und organisieren Kooperationsveranstaltungen.

FES: Gibt es einen Arbeitskreis, der sich explizit mit Gender-Themen auseinandersetzt?

Ahmed: Ja, es gibt den AK Gender und Antidiskriminierung. Der Arbeitskreis ist sehr aktiv und thematisch breit aufgestellt. Letztes Jahr wurden beispielsweise die Themen „Geschlecht im Kapitalismus“, „Queer_feministische Perspektiven auf Pornografie“ und „Geschlecht in den Medien“ aufgegriffen. Auch dieses Jahr stehen spannende Fragen im Fokus: Unter anderem gab es im April einen Termin zum „Black/White/Euro feminism“, bei dem ein Austausch über die intersektionale Gestaltung von Bewegungen und Organisationen stattgefunden hat. Neben solchen spezifischen Themen möchte der AK aber auch Einführungen anbieten, wo sich Stipendiat_innen, die vielleicht noch nicht so vertraut sind mit Gender- und Feminismus-Theorien, ganz grundlegend informieren und so den Zugang zum AK finden können.

FES: Werden die im AK bearbeiteten Themen auch weiter in die Stiftung hineingetragen? Spielen sie im regulären Seminarprogramm ebenfalls eine Rolle?

Ahmed: Besonders positiv ist tatsächlich die Kommunikation der Arbeitskreise nach außen. Die Berichte, die nach jedem Treffen geschrieben werden, gehen teilweise auch über den allgemeinen Verteiler, sodass Stipendiat_innen über die Aktivitäten von Arbeitskreisen informiert werden – selbst wenn sie nicht AK-Mitglied sind – und dann vielleicht Kontakt aufnehmen. Das ist ja letztlich auch die Idee: dass sich die Stipendiat_innen vernetzen. Für den AK Gender und Antidiskriminierung wäre es beispielsweise denkbar, dass ein_e Stipendiat_in, der_die zu einem genderspezifischen Thema promoviert, Interesse hat, mit dem AK zusammenzuarbeiten, und in einen Dialog treten kann. Im Rahmen des regulären Seminarprogramms der ideellen Förderung haben die Stipendiat_innen die Möglichkeit, einmal im Jahr Themen für Seminare vorzuschlagen, und dann wird darüber abgestimmt. Dabei finden sich natürlich auch genderpolitische Themen. Noch wichtig zu erwähnen ist, dass wir hinsichtlich der Teilnahme von Stipendiat_innen an Aktivitäten und Seminaren eine Parität anstreben. Das Gleiche gilt für die Auswahl von Referent_innen oder Moderator_innen. Und das ist auch für die Arbeitskreise äußerst wichtig, beispielsweise bei der Wahl der Sprecher_innen. In der ideellen Förderung sind wir auf einem guten Weg!

FES: Ich bedanke mich für das Interview.



Yvonne Bloss. Foto: privat

Interview mit Yvonne Bloss, Referentin im Arbeitsbereich Hochschul- und Bildungspolitik der Abteilung Studienförderung

FES: Welches sind die Arbeitsschwerpunkte im Bereich Hochschul- und Bildungspolitik?

Yvonne Bloss: Wir setzen uns mit ganz unterschiedlichen Herausforderungen auseinander. Die Palette reicht von hochaktuellen Themen – etwa der Integration von geflüchteten Menschen in das deutsche Bildungs- und Hochschulsystem oder der Weiterführung der Exzellenzinitiative – bis hin zu bildungspolitischen Dauerbrennern, wie Bildungsgerechtigkeit oder der Rolle des wissenschaftlichen Nachwuchses. Zudem sind wir im Projekt „Gute Gesellschaft – Soziale Demokratie 2017plus“ aktiv und beschäftigen uns dort mit inklusiver Bildung und der durchlässigen und fairen Gestaltung von Bildungssystemen.

FES: Inwieweit spielt das Thema „Gender“ im Kontext eurer vielfältigen Arbeit eine Rolle?

Bloss: Für uns sind Gender-Aspekte vor allem hinsichtlich des Ziels Chancengleichheit ein zentrales Thema, das heißt, dass Menschen unabhängig von Geschlecht oder Herkunft gleiche Chancen auf Bildung haben. Hierzu gehört auch, dass Frauen und Männer gleichermaßen von Bildungschancen

profitieren können. Wir machen bei Hochschulen die Beobachtung, dass Frauen die Männer zwar bei den Studienabschlüssen längst überholt haben und die Hälfte aller Promotionen von Frauen verfasst wird, doch dass viele Frauen anschließend an eine „gläserne Decke“ stoßen und aus dem Wissenschaftssystem aussteigen. Der Frauenanteil an der Professor_innenschaft liegt in Deutschland bei gerade mal 20 Prozent. Das ist zwar von Fach zu Fach sehr unterschiedlich, aber Frauen sind insgesamt deutlich unterrepräsentiert.

FES: Gibt es zu diesen Themen konkrete Projekte?

Blos: Wir haben gemeinsam mit dem Forum Politik und Gesellschaft und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im April eine Konferenz organisiert, bei der wir einen Blick auf die Wissenschaftskultur, auf Vertragsbedingungen und Arbeitsverhältnisse geworfen haben. Dabei ging es um die konkreten Hindernisse, die Frauen dazu veranlassen, nach der Promotion aus Wissenschaft und Hochschule auszusteigen.

Ein weiteres aktuelles Projekt in unserem Arbeitsbereich ist eine Studie, die im Mai auf einer Fachtagung vorgestellt wurde. Sie beschäftigt sich mit der Geschlechtersegregation in der Ausbildung, also der Trennung zwischen typischen Frauenberufen und typischen Männerberufen. Diese unterscheiden sich sehr stark hinsichtlich Vergütung, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen – zum Nachteil von Frauen. Das wird ganz konkret am Beispiel eines typisch weiblichen „Sackgassenausbildungsberufs“ analysiert: dem der Erzieherin. In der Studie werden auch Empfehlungen abgegeben, wie die Situation von jungen Frauen in typisch weiblichen Berufsfeldern verbessert werden kann.

FES: Kannst du gezielt genderpolitische Herausforderungen nennen, die ihr im Hochschul- und Bildungsbereich für die Zukunft seht?

Blos: Eine zentrale Frage ist, wie die Berufs- und Studienorientierung besser und vor allem auch gendersensibler gestaltet werden kann, um beispielsweise die klassische Trennung in typisch männliche und typisch weibliche Berufe aufzubrechen. Viele jungen Menschen wissen nach einer abgeschlossenen Schulausbildung gar nicht, welche Möglichkeiten ihnen offen stehen, und es besteht die Gefahr, dass sie „ausgetretene Pfade“ gehen. Dadurch verfestigen sich Ungleichheiten in der Gesellschaft. Auch in der Hochschulpolitik gibt es große Herausforderungen, etwa um die

bereits genannte „gläserne Decke“ zu durchbrechen, die für Frauen weiterhin existiert. Es stellt sich unter anderem die Frage, welche geschlechtsbezogenen Auswirkungen die Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes hat, die jetzt verabschiedet wurde, um die Arbeitsbedingungen von Nachwuchswissenschaftler_innen in Wissenschaft und Hochschule zu verbessern.

FES: Vielen Dank für das Interview.

GENDERBEZOGENE PROMOTIONSPROJEKTE MIT FÖRDERUNG DER FRIEDRICH-EBERT- STIFTUNG

Die Abteilung Studienförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung fördert eine Reihe genderbezogener Promotionen in unterschiedlichen Fachrichtungen.

Genderbezogene Promotionsprojekte

Alymbaeva, Nazira: Frauenleadership als Faktor von Gendergerechtigkeit in Kirgistan

Bock, Matthias: Körperprojektionen. Zur Ästhetik fetischistischer Figurationen in der Literatur

Fiebig, Silvia: Bildungsgerechtigkeit in der Einwanderungsgesellschaft. Eine Untersuchung der Perspektive von SchülerInnen mit Migrationshintergrund hinsichtlich „guter und bildungsgerechter Schule“

Friesicke, Gesche: Die Rolle der Frau im Spiegel der Gräber der älteren Bronzezeit in Südsandinavien

Führer, Daniel: Individualität, Gemeinschaft und Krise: Alltag und Gesellschaftsvorstellungen gewöhnlicher Menschen zwischen 1913 und 1934

Greinert, Melanie: Denk- und Handlungsräume fürstlicher Ehegattinnen zwischen Dynastie und hochadeligem Selbstverständnis am Beispiel der Fürstinnen von Schleswig-Holstein-Gottorf (1564 – 1721)

Hatami, Elane: Glocal Bodies: Dances in Exile and Politics of Place

Kaliga, Sarah Ninette: Schulabbrecher/innen in Berlin

Klein, Verena: Aktuelle Perspektiven auf weibliche Sexualität

Kniejska, Patrycja: Polnische Arbeitskräfte in Deutschland: eine Möglichkeit zur Behebung des Pflegenotstands?

Levkiv, Halyna: Hauskrankenpflege in der Ukraine – eine Pflicht der solidarischen Gesellschaft? Der Beitrag von Caritas International in der Entwicklung einer Hauskrankenpflege in der Ukraine

Pardo-Puhlmann, Margaret: Die „gute“ Familie in Ost- und Westdeutschland?! Eine qualitative Untersuchung von Familienbildern ost- und westdeutsch sozialisierter pädagogischer Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen

Piehl, Christine: Bildungschancen von Frauen in Tansania und der Einfluss von Entwicklungszusammenarbeit am Beispiel der Hochschulbildung

Salem, Nora: Die Frauenrechtssituation in Ägypten 30 Jahre nach Inkrafttreten der CEDAW. Bestandsaufnahme und Ausblick

Sauerborn, Elgen: Frauen in Führungspositionen und Emotionsarbeit

Sirri, Lana: Diversität der islamischen feministischen Diskurse bei den feministischen zeitgenössischen Denkerinnen Fatima Mernissi und Saba Mahmood

Vogl, Janna: Zwischen internationaler Entwicklungszusammenarbeit und lokaler Legitimation. Südindische Frauenrechts-NGOs aus Akteursperspektive

Wallner, Laura: Alle anders – alle gleich? Diversity-Management in deutschen Unternehmen

Weber, Anne-Kathrin: Die Macht des Mitfühlens. Emotion und Empathie in der Politischen Theorie Hannah Arendts und Martha Nussbaums

Woitas, Melanie: „We become what we do!“ – Eine Geschichte des Aerobics in den USA

Zachmann, Anna: Shoah und Sexualität. Die Verschränkung von Zivilisations- und Tabubruch im Werk Edgar Hilsenraths

Nähere Informationen zu den einzelnen Projekten können bei DR. URSULA BITZEGERIO (Ursula.Bitzegeio@fes.de) erfragt werden.

Interview mit Elgen Sauerborn,
Stipendiatin der FES, zu ihrem Promotionsprojekt „Frauen in
Führungspositionen und Emotionsarbeit“

In ihrem Promotionsprojekt, angesiedelt in der Emotionssoziologie an der FU Berlin, beschäftigt sich Elgen Sauerborn mit Emotionsarbeit von Frauen in Führungspositionen. Mithilfe von Interviews mit Frauen aus dem mittleren und oberen Management untersucht sie, wie Frauen ihre Emotionen oder die anderer steuern und auf welche Deutungsmuster und Interpretationen sie für Emotionen im Arbeitsbereich zurückgreifen. Die Analyse geht davon aus, dass die Emotionsnormen für Frauen in Führungspositionen widersprüchlich sind: Einerseits gelten stereotyp weibliche Emotionen nicht als Führungskompetenzen, andererseits werden die von Führungskräften erwarteten Kompetenzen als unweiblich wahrgenommen. Frauen in Führungspositionen können diesen Stereotypen gemäß also nicht beide Normen – von Weiblichkeit und Führungskompetenz – gleichzeitig erfüllen.

FES: Was konnten Sie bisher zur Emotionsarbeit von Frauen in Führungspositionen feststellen?

Elgen Sauerborn: Die Frauen in Führungspositionen sind sehr privilegierte, gut ausgebildete und abstrakt denkende Personen – ihnen sind diese Stereotype der emotionalen Frau und des rationalen Managers vollkommen bewusst. Sie kritisieren das auch explizit und wollen manchmal ganz bewusst durch ihr Verhalten irritieren. In der aktuellen Forschung wird davon ausgegangen, dass sie häufig gar nicht anders können, als es falsch zu machen: Entweder sie sind durchsetzungsstark und verhalten sich damit zu „männlich“, oder sie verhalten sich „weiblich“ und werden dann aber als Führungskraft nicht mehr ernst genommen. Daher sorgen sie oft schon allein durch ihre Anwesenheit für Irritationen und damit auch für Neuerungen und Veränderung. In vielen Fällen verhalten sie sich jedoch auch ganz bewusst so, dass sich die Normen verschieben.

Ich konnte eine Tendenz feststellen, die mich überrascht hat: Entgegen der Annahme, dass diese Widersprüchlichkeit von den meisten Frauen als aufreibend und extrem frustrierend empfunden wird, nutzen viele, die ich interviewt habe, diese konfligierenden Normen zu ihrem Vorteil. Emotionsnormen sind stark vergeschlechtlicht und gelten daher natürlich auch für Männer – Männer dürfen einfach bestimmte andere Emotionen nicht empfinden und zeigen. Die Frauen in Führungspositionen können

also bestimmte Dinge tun, die Männern in diesen Positionen vorenthalten sind. Sie spielen mitunter mit diesen Klischees der emotionalen Frau, um beispielsweise eine angespannte Situation aufzulockern. Sie nutzen diese Widersprüchlichkeit also als Erweiterung ihres Handlungsspielraums und bedienen je nach Situation beide Normen – die von Weiblichkeit und die von Führungsqualität, wobei sich Letztere ganz stark an diesem männlichen Managerideal orientiert.

FES: Welcher Erkenntnisgewinn ergibt sich für Ihre Arbeit durch diesen Blick auf Geschlecht?

Sauerborn: Geschlecht ist eine unglaublich wichtige Kategorie. Emotionen werden unterschiedlich bewertet, je nachdem, wer sie ausdrückt – ob es ein Mann oder eine Frau ist. Es gibt auch ganz klare Zuschreibungen, wer welche Emotionen empfinden darf – und die orientieren sich an bestehenden Machtverhältnissen und sozialer Ordnung. Dies führt zu einer Hierarchisierung der Emotionen: Ob sie als „gut“ oder „schlecht“ empfunden werden, hängt davon ab, wer sie wann zu welchem Zeitpunkt in welcher Situation zeigt. Und Emotionsnormen beeinflussen nicht nur die Bewertung, sondern prägen auch mit, welche Emotionen man überhaupt in bestimmten Situationen empfindet – da spielt Geschlecht immer eine Rolle.

FES: Sie haben schon gesagt, dass Frauen in Führungspositionen oft selbst Kritik an den bestehenden Verhältnissen formulieren und diese subversiv unterwandern. Was gilt es aus Ihrer Perspektive zu kritisieren?

Sauerborn: Insbesondere das Top-Management, aber auch Teile des mittleren Managements, sind noch immer ganz klar männlich dominiert. Die Macht und die Deutungshoheit über Emotionen und das Verhalten am Arbeitsplatz werden noch immer von Männern ausgeübt und orientieren sich an diesem männlichen Managerideal – das gilt es per se schon zu kritisieren, da die Handlungsnormen hier von einer äußerst homogenen Gruppe gesetzt werden. Diese Stereotype, dass Frauen von Natur aus zu emotional sind für so eine rationale Aufgabe wie das Management, führen schlicht zu Ausschlussmechanismen.

Frauen in Führungspositionen bewerten diese männlichen Normvorstellungen als beschränkend und sehr unproduktiv. Sie machen die Erfahrung, dass diese Normen gar nicht so rational sind und keineswegs zu mehr Produktivität und Leistung führen – was dieses männliche Ideal ja

verspricht –, sondern ihrerseits wiederum auf anderen Emotionen wie Stolz oder Eitelkeit beruhen.

Die meisten Führungsfrauen, die ich interviewt habe, haben ein sehr ausgeprägtes Bewusstsein für die Missstände und sind oft auch sehr politisch. Viele versuchen ganz gezielt, die Verhältnisse zu verändern und den Weg für Frauen, die nach ihnen kommen, zu ebnen. Aber ihre Kritik bezieht sich vor allem auf die Strukturen. Auf der individuellen Ebene überwiegt, wohl auch aufgrund ihrer privilegierten Situation, die positive Einstellung und die Strategie, in jeder Situation Vorteile zu sehen.

Das Interview führte DEBORAH OLIVEIRA

ANSPRECHPARTNER_INNEN IN DER FES FÜR DAS THEMA GENDER:

Zentrale Aufgabe Genderkoordination in der Friedrich-Ebert-Stiftung:

Abteilung Politischer Dialog, Forum Politik und Gesellschaft:

Dr. Stefanie Elies, Stefanie.Elies@fes.de

Arbeitsbereich Gender- und Familienpolitik:

Abteilung Politischer Dialog, Forum Politik und Gesellschaft:

Jonathan Menge, Jonathan.Menge@fes.de

Sarah Vespermann, Sarah.Vespermann@fes.de

Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit:

Referat Globale Politik und Entwicklung:

Dr. Cäcilie Schildberg, Caecilie.Schildberg@fes.de

Abteilung Internationaler Dialog:

Referat Westeuropa und Nordamerika: Peer Krumrey, Peer.Krumrey@fes.de

Referat Mittel- und Osteuropa: Juliane Schulte, Juliane.Schulte@fes.de

Weitere Ansprechpartner_innen aus anderen Arbeitseinheiten der FES nennen wir Ihnen gerne auf Wunsch: fes.genderkoordination@fes.de

Gesamtreaktion und –koordination des Gender matters!:

Sarah Vespermann, Abteilung Politischer Dialog, Forum Politik und Gesellschaft

Redaktionelle Unterstützung:

Diana Höhne

Organisatorische Betreuung:

Doreen Mitzlaff, Abteilung Politischer Dialog, Forum Politik und Gesellschaft

Lektorat:

Heike Herrberg, Susanne Hofsäss-Kusche

Grafische Gestaltung:

Andrea Schmidt, Typographie/im/Kontext

Dominik Ziller, DZGN

Programmierung:

Alexander von Falkenhausen, avf works mediastudio

Verantwortlich:

Dr. Stefanie Elies, Abteilung Politischer Dialog, Leiterin Forum Politik und Gesellschaft

Herausgeber:

Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft, Hiroshimastraße 17,
10785 Berlin

Druck:

Brandt GmbH, Bonn

Gedruckt auf RecyStar Polar, 100% Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem blauen Umweltengel.